PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom Buchhandel, von der Post und direkt vom Verlage	Berlin, den 7. Juli 1920.	In Groß-Deutschland: für 20.— M. vierteljährlich, M. 75.— für das Jahr. Ins Ausland: für 60.— u. 200.— M.

Nationalökonomie.

Vor wenigen Wochen ist ganz plötzlich Professor Max Weber gestorben, nachdem er eben erst als Nachfolger für Lujo Brentano auf den nationalökonomischen Lehrstuhl der Universität München berufen war. Diese Berufung bedeutete damals mehr als einen bloßen Wechsel der Lehrstätte. Sie bedeutete die Wiederauf nahme einer regelmäßigen Lehrtätigkeit über haupt. Denn Max Weber, der nur ein Alter von wenig mehr als 55 Jahren erreicht hat, stand während seines ganzen Lebens unter dem Drucke einer starken nervösen Belastung und hatte beinahe 17 Jahre hindurch nur sehr unregelmäßig gelesen. Er war seit 1903 als ordentlicher Professor aus der Heidelberger Fakultät ausgeschieden und dann von Senat und Ministerium durch das Band einer ordentlichen Honorarprofessur der Ruperto Carola erhalten worden. Geraume Zeit übte er überhaupt kaum eine Lehrtätigkeit aus. Im Kriege erst schien sich insofern eine Gesundung anzubahnen, als er mit einer gewissen Vorsicht wieder längere Zeit hintereinander arbeiten konnte. Nach langem Schwanken hatte er dann nach der Revolution den Ruf nach München angenommen, aber es zeigte sich doch, daß das Wiedererstarken seiner Nervenkraft kein Anfang dauernder Gesundung, sondern nur die lange Euphorie vor der ewigen Nacht war.

Mit Max Weber verliert die deutsche Wissenschaft ganz außerordentlich viel. Schon äußerlich war das Maß dessen, was er namentlich in Zeitschriften produzierte, trotz seiner geschwächten Arbeitskraft recht stattlich. Aber die größere Bedeutung liegt — was man leider nicht von allen Professoren der Nationalökonomie sagen kann — in der Form und dem Inhalt dessen, was er schrieb. Er war ein glänzender Stilist, wie er ein geistsprühender Redner war. Und er schrieb und redete nur, wenn er was zu sagen wußte. Weber war in jungen Jahren Lehrer des Handelsrechts und seine ersten Arbeiten liegen auf diesem Gebiete. Aber schon diese Arbeiten sind nicht dogmatischer Natur sondern dienen der historischen Ergründung der Rechtsinstitutionen.

Eine seiner ersten in Buchform herausgegebenen Schriften liefert wichtige Beiträge zur Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter. Deutschlands größter Handelsrechtslehrer, Levin Goldschmidt, hat hier den jungen Weber wesentlich beeinflußt, und vielleicht war es auch dessen historisch vertiefende Betrachtungsweise, die ihn veranlaßte, zunächst gerade in historischer Beziehung den nationalökonomischen Problemen und Erscheinungen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In der Hauptsache aber trieb ihm zur Ausweitung seiner juristischen Studien in das staatswissenschaftliche Gebiet sein besonders stark ausgeprägtes soziales Empfinden. Er war Mitbegründer und eines der wichtigsten Mitglieder des sozialen Kongresses und hat auch wissenschaftlich besonders auf dem Gebiete der sozialen Untersuchungen Bedeutendes geleistet. Wie alles, was Weber schrieb rund und alles, was Weber dachte tief (wenn auch durchaus nicht immer richtig) war, so blieb ihm auch in der allgemeinen Lebensauffassung jene Art flachen Materialismus fern, der über die seelischen Probleme der Menschen und Völker sich entweder überhaupt keine Gedanken macht

oder sich oberflächliche Erklärungen zurechtstutzt. Max Weber, der im politischen Leben ultraradikal war (obwohl er auf manchen Gebieten sehr scharfe Trennungsstriche zwischen sich und die Sozialdemokratie zog), war als Persönlichkeit eine aus tiefster Ueberzeugung religiöse Natur. Und der starke Einfluß, den auf ihn die religiöse Empfindung ausübte, gab ihm Veranlassung darüber nachzudenken, welche Formungen für die wirtschaftliche Anschauung und Tätigkeit des Einzelmenschen und damit ganzer Volksklassen und ganzer Nationen die Religionslehren ausübten. In einer langen Serie von Aufsätzen im „Archiv für Sozialwissenschaft", das er mit Jaffe und Sombart zusammen herausgab, schilderte er den wirtschaftlichen Einfluß der verschiedenen Weltreligionen. Was er hier geleistet hat, ist bahnbrechend geworden. Es ist eine ganz einzigartige Arbeit, die einen glänzenden Abschluß seines Lebens bedeutet.

In Webers öffentlichem Wirken zeigte sich eine besondere Zweiteilung: Er war seinem Temperament nach leidenschaftlicher Politiker, wenn allerdings auch bei einem Denker vom Range Max Webers selbst in der Politik die gerechte Abwägung sich trotz aller Leidenschaft durchzusetzen versuchte. Aber sein Verstand gehörte der Wissenschaft, und er versuchte in immer stärkerem Maße Verstand und Temperament, Tatsache und Postulat, Wissenschaft und Politik von einander zu scheiden. Die nationalökonomische Wissenschaft ist an sich ein in höchstem Maße politische Wissenschaft. Beschäftigt sie sich doch mit den Dingen, die den Gegenstand der Politik bilden, und es ist deshalb für sie immer die Gefahr vorhanden, daß bei ihr Wissenschaft und Politik sich vermengen. Dieser Gefahr entgehen nur diejenigen, die entweder in gleicher Weise temperament- und gedankenlos, oder diejenigen, deren Scharfsinn stets wachsam auf die Innehaltung der Grenzen zwischen wünschen und forschen bedacht bleibt. Weber gehörte zu der letzten Kategorie. Er war der Mittelpunkt jenes Gelehrtenstreites, der auf einem Kongreß für Soziologie ausbrach und der von Weber und seinen Freunden dahin entschieden wurde, daß alle Werturteile aus der soziologischen und nationalökonomischen Wissenschaft verbannt werden müssen, und daß es lediglich die Aufgabe der Wissenschaft sei, durch eingehende Untersuchung das festzustellen: was ist. Es soll hier ununtersucht bleiben, ob dann wirklich innerhalb der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft die Werturteile vollkommen entbehrt werden können. Es ist dann vielleicht kein Zufall, daß Max Weber in immer stärkerem Maße das Schwergewicht seiner Arbeiten von der Nationalökonomie in das Gebiet der Soziologie hinübergleiten ließ. An dem Aufbau dieser neuen Art die Wissenschaft von der Gesellschaft, ihren Teilungen und Strömungen zu treiben, hat Max Weber ein Hauptverdienst. Freilich hat er damit auch viel zur Ueberschätzung dieser Wissenschaft beigetragen die meines Erachtens nur eine der möglichen Betrachtungsformen der wirtschaftlichen und staatlichen Dinge und Vorgänge sein darf, und zwar eine die kein Nationalökonom, wenn er überhaupt den Namen eines Wissenschaftlers führen will, vernachlässigen darf.

Nationalökonomie und Soziologie gehören zusammen, und die mit unter Webers Einfluß, wenn auch sicher nicht ganz nach seinem Willen immer stärker hervortretende Zweiteilung in Nationalökonomie und Soziologie hat leider viel zur Verflachung der Nationalökonomie beigetragen, die den Geist den Soziologen überließ.

Da Karl Bücher heute in der Hauptsache seiner Muße und seinen Lieblingsbeschäftigungen lebt, und Jastrow, der zu theoretischen Untersuchungen berufen gewesen wäre, sich immer stärker praktischen Spezialgebieten zugewandt hat, so ist mit Max Weber beinahe der letzte große theoretische Nationalökonom Deutschlands dahingegangen. Wenn man von ganz wenigen der älteren lebenden Lehrer absieht, — Sombart, besonders — so bleibt (von ein bis zwei Ausnahmen — vielleicht Liefmann und Oppenheimer, und die sind auch nicht mehr die jüngsten) ein Nachwuchs von winziger Statur. Viel Tüchtigkeit in kleinen Einzeldisziplinen, aber noch mehr trostlose Verödung in der Theorie und der Erkenntnis. Und das gerade zu einer Zeit, in der die nationalökonomische Wissenschaft als solche in den breiten Schichten des Volkes an Ansehen zuzunehmen beginnt. Das prägt sich schon in einer äußerlichen Tatsache aus, in dem enormen Zuwachs der Zahl der Nationalökonomie Studierenden an den Hochschulen. Nicht etwa nur in Deutschland. Aus Frankreich und England wird das gleiche berichtet. Und auch in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika scheint ein ähnlicher Vorgang sich zu vollziehen. Man könnte erschrecken, wenn man des Glaubens wäre, daß all diese Tausende die Nationalökonomie als Brotstudium betrachten, gewiß ist die Zahl derer im Wachsen, die die nationalökonomische Bildung als Grundlage ihres späteren Berufes betrachten wollen, der Beruf als Sozialbeamte und namentlich Sozialbeamtin, als Verbandssekretäre der Arbeit-

nehmer und Arbeitgeber lockt heute mehr als früher. Aber im wesentlichen drückt sich in der Zunahme der Nationalökonomie Studierenden doch jener Wandel aus, der sich in den Grundlagen der allgemeinen Bildung überhaupt vollzogen hat.

Im ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts war die Philosophie die ausgesprochene Grundlage der deutschen Allgemeinbildung.

Den Höhepunkt jener Entwicklung bildeten die Vorlesungen Hegels in der Berliner Singakademie, zu denen sich ein zahlreiches Auditorium von Männern und Frauen drängte. Eine Renaissance feierte dieses philophische Bildungsbestreben in den Vorlesungen Kuno Fischers in Heidelberg. Hegels Kollegien über die Philosophie der Geschichte bildeten gewissermaßen bereits einen Uebergang zu der später einsetzenden Epoche, in der die großen Meister der deutschen Geschichtsschreibung Niebuhr, Ranke, Mommsen, Droysen, Curtius und als ihr letzter Ausläufer Treitschke den allgemeinen Bildungsfundus für das deutsche Volk lieferten. Sie wurden abgelöst durch die Literarhistorie, die in immer stärkerem Maße die deutsche Jugend beeinflußte. Bis vor dem Krieg war die immer einseitiger gewordene Beschäftigung mit der Literatur und mit der Kunst gleichzeitig Symbol und Grundlage der allgemeinen Bildung. Eine flache öde Aestetisirerei ersetzte Männlein und Weiblein die tiefere Betrachtung der Weltprobleme. Es war vorauszusehen, daß hier nach dem Kriege ein Wandel eintreten würde. Man mußte aber eigentlich annehmen, daß die Ablösungsrolle der Geschichte zufallen und daß sie von neuem an Popularität gewinnen würde. Denn die Mißgriffe der deutschen Politik vor und während des Krieges waren so offenbar auf den Mangel an richtiger Erkenntnis der Probleme und des Zusammenhängens der Weltgeschehnisse zurückzuführen, daß man wohl anzunehmen berechtigt war, das Volk würde sich in seiner Gesamtheit jetzt auf die Bücher der Geschichte stürzen, um begierig ihre Lehren einzusaugen, zumal ja doch auch inzwischen demokratische Verfassung und parlamentarische Regierungsform den Einzelnen mehr als bisher verpflichtete, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen. Merkwürdigerweise jedoch ist das durchaus nicht der Fall. Die Veranstalter von Volkshochschul-Kursen klagen sogar darüber, daß gerade die Geschichts-Vorlesungen, selbst wenn sie über zeitgemäße Themata, wie z. B. über die französische Revolution, veranstaltet werden, leer bleiben. Statt dessen regen die wirtschaftlichen Fragen den Geist der Zeitgenossen viel mehr als früher an. Es kommt darin vielleicht der Umstand zum Ausdruck, daß diese Revolution eben doch mehr eine soziale als eine politische gewesen, in erheblicherem Maße aus den Verhältnissen herausgewachsen, als durch den politischen Willen der Menschen hervorgebracht ist. Nun stehen Männer und Frauen erstaunt vor dem Wandel der Dinge der sich vollzogen hat. Sie sehen ein Chaos, eine unentwirrbare Fülle von Erscheinungen. Sie hören von Dingen, denen sie bisher gar keine Bedeutung beigemessen haben, von Geldwertschwankungen und Valuta, Sozialisierung und Tarifverträgen, freier Wirtschaft und Planwirtschaft und sie fangen allmählich an zu merken, daß all diese Dinge auf das kleine Leben im engsten Haus und auch auf die Volksgemeinschaft von größtem Einfluß sind. Das Denken wendet sich daher vom Aestetischen allmählich dem Wirtschaftlichen zu. Und über all die Rätsel und Wunder der neuen Ära soll ihnen nun die Nationalökonomie Aufschluß geben. Diese Einkehr zu wirtschaftlichem Denken, die sich allmählich bei den Politikern vollzieht, birgt natürlich in sich die große Gefahr einer Materialisierung des geistigen Lebens. Zunächst scheint es bereits, daß in der Politik eine solche Materialisierung Platz greift, denn überall, wo man als moderne Errungenschaft Politik mit Wirtschaft identifiziert, tritt die Neigung hervor, für materielles Wohleben zu kämpfen, die völkischen und geistigen Probleme hinter die Lohnfrage zurücktreten zu lassen. Hier aber erwächst der national-ökonomischen Wissenschaft eine ganz besondere Aufgabe. Sie hat die Pflicht, aufzuzeigen, daß in der Wirtschaft nicht das freie Spiel der Einzelinteressen das Ausschlaggebende ist, sondern daß es auf eine zweckmäßige Organisation der Gesamtheit ankommt, und daß die Geistigkeit allein erst das richtige Funktionieren des gesellschaftlichen Apparates verbürgt. Das Ethos der Arbeit zu fordern nicht Profiterhöhung und Lohnforderung seelig zu sprechen ist die Aufgabe der nationalökonomischen Wissenschaft. Wenn sie in dieser Richtung wirkt, so wird sie nicht nur selbst neue Blüten treiben, sondern auch dem deutschen Volk zu neuem Aufschwung verhelfen. Und sie wird andererseits auch auf allen ihren Teilgebieten durch die vielen neuen Erkenntnisse die gerade auf wirtschaftlichem Gebiete Krieg und Revolution uns gebracht haben, für emsiges Forschen ihrer Jünger reiche Belohnung in Aussicht stellen können. Als Fachwissenschaft wie als Bildungswissenschaft winken der Volkswirtschaftslehre große, bisher kaum geahnte Aufgaben.

Währungsreform.

Ein Ultimatum an die Notenpresse.

Von Leopold Rothschild-Berlin.

Die Reform der Währung steht nach meiner im „Plutus“ wiederholt dargelegten Auffassung am Ende der notwendigen Maßnahmen für den Wiederaufbau der Wirtschaft. Erst wenn durch planmäßigen Aufbau der produktiven Kräfte die Voraussetzungen der Stabilität gegeben sind, wird eine Währungsreform dauernden Erfolg haben können. Die Vorschläge zur Währungsreform in dem nachstehenden Artikel erscheinen sehr beachtenswert, obwohl ich mir nicht alle Anschauungen des Verfassers zu eigen machen kann. Vor allen Dingen darf nicht vergessen werden, daß die Währungsreform allein unsere Nöte nicht beseitigen kann, sondern daß sie nur ein Glied innerhalb der größeren Wirtschaftsreform darstellt. G. B.

Unser Wirtschaftsleben wird durch zwei Richtungen beherrscht, die sich scharf bekämpfen und das diametral entgegengesetzte Ziel verfolgen. Die einen wollen das Preisniveau herabdrücken und möglichst tief unten halten. Diesem an sich gesunden Prinzip stehen aber folgende Tatsachen entgegen: Die Zwangswirtschaft lähmt die Produktion und verursacht den Schleichhandel. Die große Spannung zwischen Inlands- und Auslandspreisen hat zur Folge, daß durch die vielen Löcher im Westen, denen sich auch solche im Osten zugesellt haben und die niemals dauernd verstopft werden können, für Unsummen unerlaubte Waren verschoben werden, und daß ferner jede Exportsendung, die sich unter den Weltmarktpreisen bewegt, für uns einen Verlustposten bedeutet, weil ihr stets ein Einfuhrposten zu unverhältnismäßig höheren Preisen gegenübersteht. Durch diesen für unsere Handelsbilanz so unheilvollen Zirkel droht uns grenzenlose Verarmung.

Um das zu verhindern, erstreben die anderen die Annäherung an die Weltmarktpreise, aber auch dieser Weg ist ungangbar. Abgesehen davon, daß Millionen von Inflationsopfern auf der Strecke liegenbleiben und daß sowohl die Kommunen als schließlich auch das Reich durch die ständige Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeitslöhne unweigerlich unter den Lasten zusammenbrechen, ist es auch unmöglich, an die Weltmarktpreise heranzukommen, denn diese sind unter den heutigen Verhältnissen ein Phantom, das stets nach oben oder unten entflieht, wenn man es zu fassen wähnt. Worauf beruht diese Erscheinung?

Nach amtlicher Feststellung betragen die Schulden, die wir während des Krieges mit dem Auslande kontrahiert haben, wie auch der Entente nachgewiesen worden ist, heute etwa 25 Milliarden ℳ, dazu befinden sich in ausländischem Besitz nach amtlicher Schätzung für etwa 25 Milliarden ℳ deutsche Banknoten. Demgegenüber dürfte die Reichsbank über einen Devisenbestand von etwa 10 Milliarden Mark verfügen, so daß unsere Zahlungsbilanz ein Defizit von etwa 40 Milliarden ℳ aufweist. Von den Banknoten befinden sich für etwa 7 Milliarden in den Händen der belgischen und für etwa 2 Milliarden in denen der französischen Regierung, die blockiert sind und unseren Wechselkurs nicht beeinflussen können, aber der verbleibende Rest repräsentiert immer noch eine ungeheure Summe, die infolge unserer stark passiven Handelsbilanz unaufhörlich vergrößert wird. Wenn also die steigende Tendenz unserer Valuta andauern soll, so müßte logischerweise das Ausland unsere Banknoten auf Generationen hinaus zurückhalten. Aber da es sich um zinsenfressende Papiere handelt, kann man, zumal, wenn der jetzige hastige Ausverkauf unserer Devisen beendet ist, annehmen, daß wieder mehr oder weniger große Posten auf den Markt geworfen werden und so unsere Währung neuen Schwankungen ausgesetzt wird, — das Spiel der Katze mit der Maus.

Daraus erhellt, daß die genannten beiden Richtungen das Grundübel nicht erkennen, nämlich unsere totale Ueberschuldung, weshalb ihr Bemühen, das lediglich eine Bekämpfung der Symptome ist, wirkungslos bleibt. Arbeitet ein Kaufmann mit bedeutender Unterbilanz, so ist er, wenn er wirtschaftlich als solcher fortbestehen will, gezwungen, den Bankrott anzusagen und einen Akkord mit seinen Gläubigern herbeizuführen. Danach kann er versuchen, sich auf neuer, gesunder Grundlage wieder emporzuarbeiten. Verzichtet er aber auf diesen Sanierungsprozeß, nimmt den Kredit so lange in Anspruch, als er ihm gewährt wird und bezahlt an Schulden und Zinsen, bis das letzte Stück Ware verkauft oder verpfändet ist, dann ist es mit seiner selbständigen Existenz vorbei. Genau so gibt es für das deutsche Volk nur die eine Alternative: Entweder einen ehrlichen, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg ermöglichenden Bankrott bzw. Akkord oder grenzenlose Verschuldung und Verarmung mit Verewigung des Hungers und der Lohnsklaverei.

Ein Staatsbankerott im gewöhnlichen Sinne mit Konversion der Anleihezinsen oder gar Annullierung der Schulden kann selbstverständlich nicht in Frage kommen. So bleibt nur eine Devalvation. Doch alle dahingehenden Vorschläge, die bisher in der Fachliteratur veröffentlicht sind, wurden von unseren dafür maßgebenden Stellen entschieden abgelehnt, und zwar mit vollem Recht. Soweit sie ernstlich in Frage kommen (Lansburgh, Bendixen usw.), fordern sie folgende Maßnahmen: Von der irrigen Annahme ausgehend, daß eine einmal vorhandene Inflation nicht mehr zu beseitigen ist, sollen die Wechselkurse eines bestimmten Tages ein für allemal festgehalten und Schwankungen aus einem

besonders für diesen Zweck gebildeten Fonds von einigen hundert Millionen Mark Gold und Devisen ausgeglichen werden, so daß die alte Rechnungseinheit unseres Geldes, die den 1395. Teil eines Pfundes Feingold für die Mark betrug, bei Zugrundelegung eines Auslandsmarkwertes von beispielsweise 12½ Pf. dann für immer den 11 160. Teil ausmachen, also um das Achtfache entwertet würde. — Graue Theorie!

Bei dieser Form ist die unerläßliche Voraussetzung für eine Devalvation, eine dauernd ausgeglichene Zahlungsbilanz, nicht zu erzielen, oder es müßte erst unsere Auslandsschuld fundiert werden, und dies läßt Frankreich wegen der daran geknüpften Bedingungen, wie man mit Bestimmtheit annehmen kann, nicht zu. Vor allem aber wäre auch die andere Vorbedingung, die Abstellung der Notenpresse, unerfüllbar, weil die mit einer solchen Reform verbundene Verewigung der himmelhohen Preise, die sich schließlich restlos auch auf alle Mieten und Grundstücke erstrecken müßte, die Inflation nicht nur nicht zum Stillstand bringen, sondern noch bis ins Uferlose fortsetzen würde. Daß ein solcher Zustand für Millionen von Existenzen, die heute ihr letztes Hab und Gut aufzehren, und ebenso für die Kommunen und das Reich zur Katastrophe führen müßte, kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Von nicht geringer Bedeutung ist schließlich auch der ideelle Gesichtspunkt, daß dem Deutschen Reich durch die Festsetzung einer kraß entwerteten Geldeinheit für alle Zeiten gleich den kleinen lateinischen Staaten der Stempel finanzieller und wirtschaftlicher Minderwertigkeit aufgedrückt würde.

Die genannte Sanierungsmethode, falls sie überhaupt durchführbar ist, würde wie ein schlechter Verband auf unseren schwerverletzten Wirtschaftskörper wirken, der nur durch einen tiefen, wenn auch etwas schmerzhaften operativen Eingriff zu heilen ist. Die Ansicht vieler, wir könnten uns zu unserer alten Währung dadurch wieder zurückhungern, daß die Inflation allmählich durch überschüssige Steuereinnahmen abgetragen wird, ist angesichts der vom Reiche für unendliche Zeiten zu bewältigenden, beispiellos schwierigen finanziellen Aufgaben zu naiv, um darauf näher einzugehen. Deshalb müssen wir versuchen, das alte Goldpari und damit die Gleichstellung mit den Hauptverkehrsländern wiederzuerlangen, wenn es dafür einen irgend gangbaren Weg gibt. Dies ist, wie die nachstehenden Darlegungen beweisen sollen, der Fall. Die Ungerechtigkeiten, ohne die es bei einer Geldsanierung nun einmal nicht abgeht, lassen sich heute noch auf ein verhältnismäßig niedriges Maß herabdrücken und andererseits wenigstens die härtesten Schäden, welche die Inflation bisher angerichtet hat, wieder gutmachen, während die wirtschaftlichen Erschütterungen, die privaten Schädigungen und die staatsfinanziellen Schwierigkeiten um so größer und unheilbarer werden, je länger man mit der Reform wartet, gleichviel, was man mit unserer Währung auch beginnen mag.

Die Reform soll durch folgende Maßnahmen erzielt werden: Herabsetzung des Nennwertes unseres heutigen Papiergeldes auf das Goldpari durch Umtausch und Einziehung aller Noten in Verbindung mit einer Zwangsanleihe und Wiedergutmachung. Die Ausführung denke ich mir im einzelnen so:

Von der Nennwertverminderung sind auszuschließen alle Vorkriegs-Darlehen, -Schuldverschreibungen, -Obligationen und -Hypotheken. Für die letzteren Kategorien ist die Ausnahme um so selbstverständlicher, als Grundstücke und Häuser von der Preisinflation bis heute noch wenig betroffen sind und sich sonst die Absurdität ergeben würde, daß den Haus- und Grundstücksbesitzern riesenhafte Geschenke zufielen. Bei sämtlichen offiziellen Vorkriegs-Rentenpapieren und der Kriegsanleihe wäre im Höchstbetrage von 150 000 ℳ für diejenigen Inhaber eine Ausnahme zu machen, die nachweisen können, daß sie erwerbsunfähig und auf die Rente angewiesen sind. Im übrigen fallen alle offiziellen und privaten Schulden und Forderungen (für Leistungen, Waren, Bankguthaben usw.) unter die Herabsetzung. Eine besondere Behandlung erfährt das Papiergeld samt den schwebenden Schulden, da ersteres den schwebenden Schulden bzw. den unverzinslichen Schatzanweisungen, die jeden Tag rediskontiert werden können, gleichzusetzen ist. Man kann annehmen, daß unser gesamter Papiergeldumlauf mit den Schatzwechseln zusammen etwa 150 Milliarden Mark beträgt (genaue Zahlen sind leider nicht zu erlangen). Da alles darauf ankommt, wieder vollwertige Zahlungsmittel zu schaffen, so ergibt sich z. B. bei Zugrundelegung eines Parikurses von 10 Pf. für die Mark die Notwendigkeit, diese von 150 Milliarden auf 15 Milliarden herabzusetzenden Schatzwechsel und papierenen Zahlungsmittel nochmals, und zwar auf 4½ Milliarden zu konvertieren, also im Verhältnis von 10:3. Dieser Betrag von 4½ Milliarden würde zusammen mit den Metallbeständen der Reichsbank (etwa eine Milliarde Gold, die allerdings die Entente freigeben müßte und wohl auch würde, und etwa ½ Milliarde Silber), die erforderlichenfalls durch Ankäufe verstärkt werden könnten, wieder eine gänzliche, mindestens aber hinkende Goldwährung ermöglichen, so daß wir auf jeden Fall wieder vollwertiges Geld hätten und ohne weiteres den Anschluß an das Weltpari erreichten. Der springende Punkt des ganzen Problems besteht nun darin, daß die Inhaber von Papiergeld und Schatzwechseln, da sie natürlich gegen die allgemeine Quote nicht zurückgesetzt werden können, gezwungen werden müssen, außer den ihnen zugeteilten 3% vom Nennwert ihres Besitzes noch 7% in einer vielleicht mit 3% verzinslichen fundierten Anleihe aufzunehmen (ähnliches dürfte die Regierung ohnedies beabsichtigen), so daß also am Wechseltage jeder für einen Tausendmarkschein 30 ℳ des neuen, vollwertigen Geldes und einen Bon über eine Anleihe im Betrage von 70 ℳ erhielte.

Der Einwand, daß der Umtausch unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten begegnen würde, ist nicht stichhaltig. Wo ein Wille ist, ist auch ein

Weg, besonders wenn man sich die unangenehmen Erfahrungen der Tschechoslowakei zunutze macht und außer der Reichsbank alle Postanstalten und Privatbanken für das Umtauschgeschäft mit heranzieht. Der Gefahr, daß sich die Landbevölkerung, um sich von der Zwangsanleihe zu drücken, noch mehr als bisher auf den Kauf von Sachwerten stürzen sollte, könnte man durch weitgehende sachgemäße Aufklärung begegnen. Auch wäre es kein Unglück, wenn der Markt von seinem heutigen Ueberfluß an dumping geräumt würde. Jedenfalls darf die Lösung dieser Aufgabe, von der die Existenz des deutschen Volkes abhängt, nicht an derartigen Bedenken scheitern.

Durch den mit dem Währungswechsel verbundenen offiziellen Staatsbankrott würde im Inlande, selbst ohne Ausnahmebestimmung, niemand auch nur die geringste Schädigung gegenüber den heutigen Zuständen erfahren. Der Staatsbankerott war latent bereits zu der Zeit eingetreten, als das Reich seinen Etat nicht mehr durch reguläre Einnahmen balanzieren konnte und deshalb mit der Ausgabe von ungedecktem Papiergeld begann. Das ist im Grunde nichts anderes, als eine dem Volke hinterhältig oktrohierte Besteuerung, die täglich unerträglicher wird. Allerdings haben sich die organisierten Arbeitnehmer die Anpassung ihres Einkommens an die durch die Inflation verursachte Teuerung im großen ganzen zu erzwingen gewußt, während die organisierten Arbeitgeber noch darüber hinaus zusammen mit den Kettenhändlern, Börsenspekulanten und Schiebern märchenhafte Konjunkturgewinne eingeheimst haben; aber zwischen den ständig im Druck und Gegendruck befindlichen Puffern dieser beiden Gewalten werden die Millionen, die erwerbsunfähig, beschäftigungslos oder an feste Bezüge gebunden sind, erbarmungslos zermalmt, so daß diese Kreise, unter denen sich fast alle Kulturträger befinden, bis jetzt die alleinigen Opfer des Bankerotts sind. Deshalb ist die vorgeschlagene Entschädigungsaktion ein dringendes Gebot des elementarsten Rechtsempfindens. Im Auslande würden natürlich alle diejenigen mehr oder weniger große Verluste erleiden, denen gegenüber wir Verpflichtungen auf Grund eines höheren Wechselkurses eingegangen sind, als er von uns bei der Devalvation angenommen wird. Das ist zwar sehr bedauerlich, aber das Ausland muß einsehen, daß es für uns keine andere Rettung gibt als einen solchen Akkord, der unter den obwaltenden Verhältnissen auch in seinem eigensten Interesse liegt. Es muß einmal offen darauf hingewiesen werden, daß die Neutralen an der Schlußabrechnung des Weltkrieges partizipieren müssen, wenn Europa nicht zugrunde gehen soll.

Die Reichsschulden würden bei der angenommenen Herabsetzung von 10:1 nach dem heutigen Status gegen 25 Milliarden Goldmark betragen, also im Vergleich zur Vorkriegszeit immer noch eine erdrückende Summe. Wie unsere Regierung es angesichts dieser Tatsache dem deutschen Volke gegenüber verantworten will, dem Feinde freiwillig auch nur einen Pfennig zuzugestehen, bleibt unerfindlich, und inwiefern wir in der Lage sein sollen, 100 Milliarden Goldmark Entschädigungssumme zu zahlen, wie der „Vorwärts“ kürzlich schrieb, ist sein Geheimnis.

Vorausgesetzt, daß uns unsere Feinde nicht unter allen Umständen vernichten wollen, kann uns nur eine Währungsreform retten, die uns wieder in die den gesamten Wirtschaftskörper regenerierende Atmosphäre der Weltmarkthöhe versetzt. Selbstverständlich wäre die Teuerung an sich nicht beseitigt, aber wir hätten dann eine Teuerung gleich den historischen, alle Preise und Löhne würden sich, ohne daß der einzelne dadurch Schaden erlitte, ohne weiteres dem offenen Weltmarkt anpassen, und wären gegen die Vorkriegszeit, wie in England, Amerika und den neutralen Staaten, noch zwei- bis höchstens dreimal so hoch. Dieser Zustand würde gegen den heutigen als ein wahres Paradies empfunden werden, zumal aller der Wirtschaft heute auferlegte Zwang, alle Zwangsorganisationen und vor allem sämtliche Konjunkturausbeuter, Kettenhändler und Schieber sofort verschwinden müßten wie Spreu vor dem Winde. Die Arbeitsfreudigkeit und die Produktion würden sich allgemein enorm heben, der Arbeiter stände sich bei einem Weltmarktsstundenlohn von etwa 1,50 ℳ unvergleichlich besser als heute. Handel und Wandel lernten wieder die unendliche, bereits sagenhaft gewordene Wohltat stabiler Preise kennen und der legale Im- und Exporthandel träte wieder in seine Rechte. Um letzteren zu forcieren, müßten die Arbeiter der Exportindustrie, falls sie es nicht vorziehen sollten, sich selbst zu exportieren, sich allerdings mit Löhnen begnügen, die etwas unter dem Weltmarktniveau stehen, aber gegen ihre heutige Lage würde das immer noch eine erhebliche Verbesserung bedeuten.

Die Gefahr, daß beim freien und unbeschränkten Handel zuviel Geld zum Lande hinausströmen und dadurch der plötzlich errungene Parikurs wieder sinken könnte, besteht bei vollwertigen Zahlungsmitteln nicht, denn abgesehen davon, daß sich von dem dann so knappen und teuren Gelde nur verhältnismäßig kleine Summen über die Grenze bringen lassen und infolgedessen nur geringe Schwankungen entstehen können, würden der Export des In- und Auslandes sofort über die gebotenen Chancen herfallen und so automatisch wieder die Differenz ausgleichen. Sollte sich indes diese von hervorragenden Fachleuten geteilte These wider alles Erwarten als falsch erweisen, dann stände der Wiedereinführung einer rationellen Kontrolle der Ein- und Ausfuhr nichts im Wege, weil dadurch die außerordentlich segensreiche Einwirkung der Weltmarktkonkurrenz auf die Preisgestaltung im Innern nicht beschränkt würde.

Die ganze Reform wäre allerdings zwecklos, wenn sich die Regierung jemals wieder zu einer Ausgabe von ungedecktem Papiergeld verleiten lassen sollte. Ein solcher Schritt, der auch durch den Krieg keinesfalls entschuldbar ist, hätte weder bei uns

noch in anderen Staaten unternommen werden können, wenn sich die betreffenden Staatsmänner ihrer Verantwortung voll bewußt gewesen wären. Eine Geldvermehrung darf, komme was da wolle, nur auf gesetzlicher Grundlage, d. h. aus dem Bedürfnis des Verkehrs heraus bei entsprechender vollwertiger Deckung erfolgen. Jede Geldentwertung ist ein unerhörter Mißbrauch der Staatssouveränität, ein Vertragsbruch, ein Staatsverbrechen im wörtlichen Sinne.

Banken-Fusion und Bankbilanzen.

Von **Fritz Naphtali.**

Die Periode der Abschlußveröffentlichungen der Großbanken ist knapp beendet, da wird die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit gefesselt durch eine neue Bankenfusion. Abgesehen von den dauernd einlaufenden Meldungen, von der Uebernahme dieser oder jener Provinzbankfirma durch eine Großbank, ist in diesem Jahre bereits die große Fusion zwischen der Commerz- und Discontobank und der Magdeburger Privatbank vollzogen worden. Nunmehr wird die Verschmelzung der Nationalbank für Deutschland mit der Deutschen Nationalbank in Bremen angekündigt. Diese Fusion ist abgesehen von ihrer formalen Seite besonders deshalb interessant, weil die Nationalbank für Deutschland bisher neben der Berliner Handelsgesellschaft das einzige Institut war, das seinen Geschäfsbetrieb streng auf Berlin beschränkt hat. Die Nationalbank hat zwar im Gegensatz zur Handelsgesellschaft Depositenkassen in Berlin eingerichtet, aber sie ist den Weg der anderen Banken in das Reich bisher nicht mitgegangen. Lange Zeit hindurch waren führende Persönlichkeiten in der Nationalbank der Meinung, daß sich gerade durch diese Beschränkung ihres Geschäftsfeldes, gerade dadurch, daß sie nicht in die Provinz ging und den Bankiers Konkurrenz machte, besonders innige Verbindungen zwischen Provinzbanken und Provinzbankiers und dieser auf Berlin beschränkten Bank herausbilden würden. Es scheint, daß diese Erwartungen besonders in den letzten Jahren enttäuscht worden sind. Die wenigen noch wirklich unabhängigen erstklassigen Provinzbanken und Provinzbankiers halten es im allgemeinen wohl für vorteilhafter, ihre Verbindung zu den verschiedensten Berliner Banken aufrechtzuerhalten, als sie bei einer Bank zu konzentrieren, auch wenn diese Bank für sich ins Treffen führen kann, daß sie darauf verzichtet, im Reiche direkte Konkurrenz zu machen. So drohte aus dem starren Festhalten an dem Prinzip der Beschränkung auf Berlin der Bank unter Umständen ein Zurückbleiben in der Entwickelung gegenüber anderen Großbanken. Die unternehmungslustigen jüngeren Direktoren der Nationalbank begaben sich deshalb auch auf die Umschau nach Fusionsobjekten, die geeignet waren, der Nationalbank die erwünschte Verbreiterung ihrer Geschäftsbasis zu schaffen. Die Auswahl ist da nicht mehr sehr groß.

In der Deutschen Nationalbank in Bremen ist ein Fusionsobjekt gefunden worden, das mannigfacher Reize nicht entbehrt. Die Deutsche Nationalbank verfügt über ein ziemlich ausgedehntes Filialnetz in Nord-West-Deutschland, sie hat besonders innige Verbindungen mit den Reedereien und dem Bremer Großhandel. Der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Heineken, gehört ihrem Aufsichtsrat an. Ihr Geschäftsinhaber Generalkonsul Hincke gehört u. a. dem Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd und dem Aufsichtsrat der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Neptun" an. Der Geschäftsinhaber Dr. Strube führt u. a. den Vorsitz im Aufsichtsrat der Roland-Linie und im Aufsichtsrat der Karl Boedicker & Co. A.-G. Kurzum, die Deutsche Nationalbank in Bremen ist von ihrem inneren nordwestdeutschen Geschäftsbezirk aus auch ein starker Stützpunkt für die Beziehungen mit dem Ueberseehandel und der Schiffahrt. Bei dem ersten Schritt über Berlin hinaus hat die Nationalbank demnach, wie es scheint, eine glückliche Wahl getroffen. Für die künftige Entwicklung wird es entscheidend darauf ankommen, daß ihre Leiter nun nicht einer Großmannssucht verfallen, und daß sie ihren Ehrgeiz nicht darin erblicken, möglichst schnell in der Errichtung von Filialen mit den Banken Schritt zu halten, die schon länger es für nötig hielten, möglichst in jedem Eckchen des Deutschen Reiches eigene Niederlassungen zu haben. Durch diese neueste Entwicklung der Nationalbank wird die Sonderstellung der Berliner Handelsgesellschaft unter den Berliner Großbanken noch schärfer als es bisher der Fall war, betont. Die Handelsgesellschaft ist bisher bei der Erhaltung dieser Eigenart nicht schlecht gefahren. Aber es wäre schon denkbar, daß auch für sie noch einmal der Tag kommt, an dem es in Bezug auf die Ausdehnung des Betriebes heißen wird: „Wo alles liebt, kann Carl allein nicht hassen".

* * *

Besonders interessant ist die Form der Fusion zwischen den beiden Nationalbanken. Die größere Berliner Nationalbank für Deutschland (90 Mill. M. Aktien) soll zunächst auf die kleinere Bremer Deutsche Nationalbank (42 Mill. M. Aktien) übergehen. Sodann wird die Firma der Bremer Gesellschaft geändert in Nationalbank für Deutschland Kommandit-Gesellschaft auf Aktien und der Sitz wird nach Berlin verlegt. Der wesentliche praktische Erfolg bei diesem Verwandlungskunststück ist, daß die Bank in Zukunft die Form der reinen Aktiengesellschaft mit der der Kommandit-Gesellschaft auf Aktien vertauscht haben wird. Bisher war man gewohnt, die Kommandit-Gesellschaft auf Aktien als die veraltete, durch die moderne Entwicklung der Aktiengesellschaft überholte Form zu betrachten. In der Entstehungszeit der Disconto-Gesellschaft und der Berliner Handels-Gesellschaft, der beiden Großbanken, die bisher als Kommandit-Gesellschaften auf Aktien bestanden, diente die persönliche Haftung der Geschäftsinhaber noch zur Erhöhung des Kredites und des Ansehens der neu-

gegründeten Institute. Seitdem sind die Ziffern der Gelder, die Großbanken anvertraut werden, so gewaltig gewachsen, daß selbst das Aktienkapital nur noch bescheidene Prozentsätze der fremden Gelder darstellt, und daß deshalb die persönliche Haftpflicht einiger Geschäftsinhaber als Verbreiterung der Kreditbasis kaum eine Rolle spielen kann. Warum kehrt man nun trotzdem zu dieser Form zurück? Man wird kaum fehlgehen in der Annahme, daß dabei Prestigefragen der leitenden Persönlichkeiten eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben. Die bisherigen Geschäftsinhaber der Deutschen Nationalbank in Bremen, die eine Kommanditgesellschaft auf Aktien war, hätten sich wahrscheinlich nur ungern dazu entschlossen, gleichsam die Bremer Filialdirektoren einer Berliner Aktiengesellschaft zu werden. Erheblich leichter ist es ihnen geworden, den Titel und die Stellung des Geschäftsinhabers der Bremer Bank mit der Stellung des Geschäftsinhabers bei der größeren Berliner Bank zu vertauschen. Die Berliner Direktoren ihrerseits sind sicherlich auch gerne bereit, die Last der persönlichen Haftung auf sich zu nehmen und dafür Geschäftsinhaber zu werden. Die persönliche Haftung ist ja praktisch bei einer Großbank kaum eine allzuschwere Last. Wenn es erst mal soweit gekommen wäre mit dem Geschäft, daß die persönliche Haftung in Anspruch genommen werden muß, dann würden wohl auch die Direktoren einer Bank-Aktiengesellschaft nicht mehr sehr viel zu verlieren haben. Dagegen erleichtert auf der anderen Seite die Stellung als Geschäftsinhaber nicht nur die Eröffnung reichlicher finanzieller Bezüge, sondern sie gibt auch dem Kollegium der Geschäftsinhaber durch ihre besondere Rechtsstellung einen zum mindesten formal über die Direktion hinausgehenden Einfluß in der Gesellschaft und damit wiederum eine besondere Beweglichkeit in der Geschäftsführung.

Wenn der Weg über Bremen somit die Form der Kommandit-Gesellschaft auf Aktien einbrachte, die vielleicht auch steuerlich mit Bequemlichkeiten verbunden ist, so hat er außerdem für die Nationalbank für Deutschland noch einen wohl gerade im Hinblick auf künftige Expansionen nicht unbedeutenden Vorteil: nämlich die Beseitigung der Gründerrechte, mit denen die nunmehr verschwindende Aktiengesellschaft Nationalbank für Deutschland belastet war. Diese Gründerrechte gaben ursprünglich den ersten Aktienzeichnern resp. deren Rechtsnachfolgern das Recht, bei jeder Erhöhung des Aktienkapitals eine Hälfte der neuen Aktien zum Nennbetrage zu übernehmen. Durch ein Abkommen, das im Jahre 1895 getroffen wurde, ist dieses Bezugsrecht für den größten Teil der Berechtigten durch die Zusicherung einer Abfindung bei der jeweiligen Erhöhung des Aktienkapitals ersetzt worden. Diese Gründerrechte liegen nun heute in Händen, die mit der Nationalbank nichts mehr zu tun haben. Es sind u. a. die Erben von Jakob Landau, die Commerzbank, die Anglo-Oesterreichiche Bank an ihnen beteiligt. Schon bei der jetzigen Fusion werden über die zum Umtausch gehörenden Aktien noch weitere 18 Mill M. Aktien begeben, aus deren Agio die Unkosten der Fusion bestritten werden und durch deren Begebung das Aktienkapital auf 150 Mill. M. abgerundet wird. Es ist schade darum, wenn man einen mehr oder minder großen Teil dieses Agios dauernd an Gründer abtreten muß, die zum Teil heute zu Konkurrenzgruppen gehören. Diese Beseitigung der Gründerrechte war sicherlich auch ein wesentlicher Grund für die eigenartige Form dieser jüngsten Banken-Fusion.

* * *

Die Gründzüge der Entwicklung, die aus den Bankbilanzen für 1919 herauszulesen sind, wurden bei der Besprechung der einzelnen Abschlüsse im „Plutus" bereits beleuchtet. Heute sollen nur noch einige besonders charakteristische Ziffern an Hand tabellarischer Uebersichten über die Gesamtheit der acht Großbank-Bilanzen hervorgehoben werden. Es ist dabei, um die typischen Veränderungen in der Struktur der Bank-Bilanzen besonders herauszuarbeiten, den Ziffern von 1919 zum Vergleich nicht nur die Ziffer des Vorjahres sondern auch die Ziffer des letzten Friedensjahrs 1913 beigefügt worden.

Die Tabelle I zeigt zunächst das gewaltige Anschwellen der fremden Gelder an sich, und sie zeigt weiter, daß sich die Attraktionskraft der großen Zahl im allgemeinen bewährt hat. Wenn man davon absieht, daß der prozentuale Zuwachs an fremden Geldern bei der Disconto-Gesellschaft über die Zuwachsquote der absolut weit an der Spitze marschierenden Deutschen Bank hinausgeht, so zeigt die Tabelle im allgemeinen, daß die Zuwachsquote um so größer war, je größer der schon vorhandene Bestand an fremden Geldern war. Vor allen Dingen

Tabelle I.

Kreditoren	1919	1918	1913	Prozentuale Steigerung von 1918 bis 1919	Prozentuale Steigerung von 1913 bis 1919	Eigene Mittel Aktienkapital u. Reserven*) 1919	1918	1913	Verhältnis der fremden Gelder zu den eigenen Mitteln in Prozenten 1919	1918	1913
	in Millionen Mark					in Millionen Mark					
Deutsche Bank	13 822,0	6 740,2	1 580,0	105	615	510,0	505	315	3,8	7,5	20,0
Diskontogesellschaft . .	8 191,3	3 649,3	674,0	124	1115	450,0	444	281,3	5,5	12,3	41,7
Dresdner Bank	8 126,2	4 150,8	958,3	96	746	340,0	340	261	4,2	8,2	28,3
Darmstädter Bank . . .	3 980,4	1 999,9	607,7	99	556	192,0	192	192	5,5	9,6	31,6
Commerz- und Disconto-gesellschaft	2 128,4	1 317,8	315,9	62	574	104,5	102	99	4,9	7,7	31,4
Handelsgesellschaft . . .	961,6	569,6	296,8	69	224	144,5	144,5	144,5	15,0	25,3	48,9
Nationalbank	911,1	606,1	240,7	50	278	106,0	100	106	11,5	16,5	44,4
Mitteldeutsche Creditbank	1 019,1	662,1	130,7	54	678	69,2	69,2	69,1	6,7	14,5	53.1
	39 140,1	19 695,8	4 804,1	99	714	1 916,2	1 896,7	1 467,9	4,9	9,6	30.7

*) einschließlich der aus dem Ergebnis von 1919 vorgenommenen Zuweisungen an die Reserven.

verdienen aber die letzten Spalten der Tabelle Beachtung, aus denen hervorgeht, wie überaus gering bei fast allen Banken der Prozentsatz der eigenen Mittel im Verhältnis zu den angeschwollenen fremden Geldern geworden ist. Für die Gesamtbanken ist dieser Prozentsatz auf unter 5% gesunken, gegen 30,7 im Jahre 1913. Wollte man also den aus der Vorkriegszeit hergebrachten Maßstab eines soliden Verhältnisses zwischen eigenen Mitteln und fremden Geldern auch heute noch zur Anwendung bringen, so müßte durchschnittlich mehr als eine Versechsfachung der Aktienkapitale vorgenommen werden. Es liegt auf der Hand, daß bei einem derartigen Vorgehen die Renten der Bankaktien gewaltig zusammenschrumpfen würden. Denn die guten Erträgnisse stammen ja in den letzten Jahren gerade daher, daß die Gewinne aus einem großen Fundus von fremden Mitteln auf verhältnismäßig kleine Eigenkapitale zur Verteilung kommen.

Tabelle II.

Wechsel und (unverzinsliche) Schatzanweisungen	1919	1918	1913	Prozentuale Steigerung von 1918 bis 1919	Prozentuale Steigerung von 1913 bis 1919
	in Millionen Mark				
Deutsche Bank	9 733,5	4 616,8	639,4	111	1423
Diskontogesellschaft	4 236,0	1 975,1	257.5	115	1505
Dresdner Bank	4 390,8	2 371,8	375,9	85	1068
Darmstädter Bank	2 140,3	847,9	185,0	152	1057
Commerz- u. Diskontogesellschaft	1 288,7	742,3	75,7	74	1603
Handelsgesellschaft	538,6	151,1	103,9	257	418
Nationalbank	262,2	235,1	88,0	11,5	198
Mitteldeutsche Creditbank	507,4	338,5	40,7	49	1147
	23 097,5	11 278,6	1 765,1	105	1208

Tabelle III.

Debitoren	1919	1918	1913	Prozentuale Steigerung von 1918 auf 1919	Prozentuale Steigerung von 1913 auf 1919
	in Millionen Mark				
Deutsche Bank	2 120,2	1 006,7	638,5	110	232
Diskontogesellschaft	2 425,8	886,3	391,3	173	520
Dresdner Bank	1 868,9	1 048,1	624,8	78	197
Darmstädter Bank	1 081,0	532,8	439,4	103	147
Commerz- u. Diskontogesellschaft	594,3	366,7	197,8	62	197
Handelsgesellschaft	495,8	447,3	243,4	11	104
Nationalbank	338,8	210,0	180,9	61	87
Mitteldeutsche Creditbank	348,7	194.9	137,6	79	155
	9 273,5	4 693,4	2 863,7	98	224

Die Tabellen II und III zeigen die Entwicklung der beiden zurzeit wichtigsten Aktivposten in den Bank-Bilanzen. Die Wechselkonten (Tabelle II), die heute im wesentlichen Konten für unverzinsliche Schatzanweisungen des Reiches sind, sind im Verhältnis zu 1913 ungeheuer viel stärker als die Debitoren angewachsen. Dagegen ist es interessant, daß von 1918 zu 1919 die Steigerung der Debitoren prozentnal beinahe mit der Steigerung der Wechsel standgehalten hat, weil in diesem Jahre nach dem Kriege zum ersten Mal wieder die Kreditbedürfnisse von Handel und Industrie auch in den Bankbilanzen stärker in die Erscheinung traten. Immerhin bleibt die Gesamtsumme der Debitoren weit unter der Hälfte der Wechselsumme, und wenn wir rechnen, daß ein, wenn auch kleiner Teil des Wechselkontos doch aus Kundschaftswechseln besteht, so wird immerhin die Summe der Anlagen in Schatzanweisungen ungefähr den doppelten Betrag gegenüber den der privaten Kundschaft eingeräumten Kredite betragen. Sehr interessant ist bei einem Vergleich der Banken untereinander die Sonderstellung, die in der Bilanzbewegung des letzten Jahres die Berliner Handels-Gesellschaft einnimmt. Bei der Handels-Gesellschaft sind prozentual die Schatzanweisungen am stärksten und die Debitoren am wenigsten gestiegen. Die Handels-Gesellschaft mit ihrem engeren Kundenkreis wurde weniger für Kredite in Anspruch genommen, und sie mußte deshalb einen umso größeren Teil ihrer verfügbaren Bestände in Schatzwechseln anlegen. Auf der anderen Seite fällt auf, daß die Nationalbank für Deutschland einen ganz besonders geringen Teil der ihr zugeflossenen Gelder auf dem Wechselkonto angelegt hat, was bei den Bruttoeinnahmen eine verhältnismäßig starke Zunahme der Provisionen zur Folge hatte.

* * *

Die Betrachtungen über das Ziffernwerk der Bankabschlüsse von 1919 dürfen nicht geschlossen werden, ohne noch einmal darauf hinzuweisen, daß die an sich geringen Möglichkeiten, allgemeine Schlüsse aus den Bilanzziffern zu ziehen, noch dadurch verringert worden sind, daß jede Betrachtung beschränkt bleibt auf die Endziffern vom 31. Dezember. Die bessere Sitte der Veröffentlichung von Zweimonatsbilanzen, die wenigstens die Ziehung eines Jahresdurchschnittes gestattete, bleibt noch immer dem Kriege geopfert, und es muß die Forderung erhoben werden, daß diese üble Kriegssitte der eingeschränkten Publizität endlich auch auf dem Gebiete des Bankwesens abgebaut wird.

Revue der Presse.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ 18. Juni) beschäftigt sich der Landesfinanzamtspräsident Dr. O. Schwarz mit dem

Finanzelend der Kommunen.

Wenn schon im Jahre 1919 die Ausgaben der Gemeindebudgets in ungeahnter Weise anschwollen, so übertreffen die diesjährigen Ausgabeerhöhungen alle gehegten Befürchtungen. Im ordentlichen und im außerordentlichen Etat haben sich die Ausgaben der Gemeinden, der Kreise und der Provinzen im allgemeinen vervielfacht. Demgegenüber ist die Deckungsfrage außerordentlich schwierig geworden. Noch im Vorjahre hatten alle Gemeinden und Gemeindeverbände ein fast unbeschränktes Zuschlagsrecht zu den direkten Staatssteuern. Inzwischen ist ihnen die traurige Gewißheit geworden, daß sie sich in

Zukunft mit gewissen prozentualen Anteilen an den Erträgnissen der Reichseinkommensteuer begnügen müssen. Nur die Ertragssteuern und einige wenige indirekte Steuern (Vergnügungs-, Bier-, Hunde-, Wertzuwachs-, Schankkonzessionssteuer) sind ihnen zur freien Verfügung verblieben. Diese Steuern haben bisher bei den Gemeinden kaum mehr als 10% des gesamten Gemeindesteuersolls ausgemacht. Die Kreise schöpften nur etwa 7% aus dieser Quelle und die Provinzen haben überhaupt keinen Anspruch auf indirekte Steuern. Die Bedeutung der Einkommensteuer für den Kommunalhaushalt stellte sich in Preußen gegenüber derjenigen der Real- oder Ertragssteuern vor dem Kriege wie 3 zu 2. Im Kriege hat sich das Verhältnis weiter wie 2 zu 1 verschoben. Die Regelung der kommunalen Beteiligung an der Reichseinkommensteuer ist deshalb für die nächste finanzielle Zukunft der Kommunen ausschlaggebend. Auf Grund des § 56 des Landessteuergesetzes hat das Reich seine Steuerbehörden angewiesen, die Einkommensteuer vorläufig in der Höhe wie sie im Jahre 1919 an Staat und Gemeinde zu entrichten war, zuzüglich 25%, zu erheben. Und man kann annehmen, daß die Gemeinden den hiernach auf sie entfallenden Betrag von den Ländern zugewiesen erhalten werden. Aber auch diese Zuweisungen werden nicht ausreichen, um den großen Mehrbedarf für 1920 zu decken. Die Deckungsmöglichkeiten aus den Steuern, die den Gemeinden freigegeben sind, erscheinen auch als sehr begrenzt, und im großen ganzen wird das Ergebnis sein, daß die Gemeinden ihr Rechnungsdefizit für 1920 nur auf dem Anleihewege werden decken können. Zum Teil noch ungünstiger liegen die Verhältnisse bei den Kreisen und Provinzen. — Im „Berliner Börsen-Courier“ (26. Juni) wird an Hand des Jahresberichts über die Entwicklung der

Königlich-Niederländischen Petroleum-Gesellschaft

berichtet. Die Rohproduktion in Niederländisch-Indien ist im Jahre 1919 auf 2,09 Millionen t gegen 1,70 Millionen t gestiegen. Der Gewinn für 1919 beträgt 100,09 Mill. Gulden gegen 72,19 Millionen Gulden im Vorjahre. Auf das Stammaktienkapital, das von 117 auf 213,8 Mill. Gulden angewachsen ist, gelangte eine Dividende von 45 gegen 40% im Vorjahre zur Verteilung. Das Kapital wird nach einem soeben ausgegebenen Prospekt um weitere 106,90 Mill. Gulden neue Aktien erhöht, die den Besitzern bei voller Dividendenbrechtigung für 1920 im Verhältnis von 1 zu 2 zum Parikurs angeboten werden. Die neue Aktienemission wird begründet mit sehr großen Kapitalausgaben im Zusammenhang mit einer bedeutenden Vergrößerung der Flotte und anderen Erweiterungen des Betriebes in verschiedenen Ländern. — Der New Yorker Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ (28. Juni) behandelt die Aussichten des Absatzes, den

deutsche Farbstoffe in Amerika

haben. Die Zollvorlagen, die sich gegen die Einfuhr deutscher Fabrikate, namentlich solcher Branchen, in welchen sich während des Weltkrieges eine nennenswerte amerikanische Industrie entwickelt hat, sind bisher noch nicht Gesetz geworden. Die wichtigste zollschutzfordernde Industrie ist die für Farbstoffe. 187 Unternehmungen sind im Kriege entstanden, die sich in größerem oder geringerem Maße der Erzeugung der Farben widmen. Diese Farbenindustrie könnte ohne hohen Schutzzoll nicht weiterbestehen. Nach einem Exposé der Bundeszollkommission sind die Herstellungskosten von Farbstoffen in den Vereinigten Staaten zwei- bis fünfmal so hoch, wie der deutsche Verkaufspreis vor dem Kriege. Der Kongreß wird in der Zollfrage von verschiedenen einander befehdenden Interessengruppen bestürmt. Die Vertreter der Farbstoffindustrie fordern ausreichenden Schutz gegen das deutsche Fabrikat. Ihre Gegner, die Textilfabrikanten, wollen diesen Schutz so begrenzt wissen, daß die Stellung der gefärbten Textilfabrikate auf dem heimischen wie auf dem Weltmarkt nicht gefährdet werde. Die Farbstoffabrikanten verstanden unter „ausreichendem Schutz“ ein direktes Einfuhrverbot. Der Kampf in den Kongreßausschüssen schwankte hin und her. Es wurde eine Vorlage ausgearbeitet, die ein Lizenzsystem für die Einführung deutscher Farben vorsah. Textilinteressenten sollten einen auf sechs Monate bemessenen Bedarf einführen dürfen, wenn nachgewiesen werde, daß das einzuführende Produkt in Amerika nicht zu einem angemessenen Preise zu haben sei. Aber auch diese Vorlage fand keinen allgemeinen Beifall. Für die Absatzmöglichkeiten der deutschen Farbstoffindustrie hängt fast alles davon ab, wie schließlich diese Schutzgesetze aussehen, die wahrscheinlich verabschiedet werden, bevor ein Friedensvertrag mit Deutschland in Kraft tritt. Da es zur Ausdehnung der amerikanischen Industrie an Chemikern und geübten Arbeitern fehlt, deuten alle Anzeichen darauf, daß die deutsche Farbstoffindustrie auf Jahre hinaus hier noch ein Absatzgebiet finden wird, wenn auch nicht so ergiebig, wie vor dem Weltkrieg. — Im „Berliner Tageblatt“ (2. Juli) bespricht Fritz Hansen eine Statistik der

Weltproduktion an Eisen und Stahl

für die Monate Januar bis September 1919. Diese von der „National Federation of Iron and Steel Manufacturers“ ausgearbeitete Statistik zeigt das folgende Bild:

Die Produktion von Roheisen
Januar—September 1919 (in 1000 Tonnen).

	England	Deutschland	Verein. Staaten	Zusammen
Januar	664	499	3306	4469
Februar	625	469	2940	4034
März	684	551	3090	4325
April	653	434	2478	3565
Mai	662	517	2108	3287
Juni	612	519	2115	3246
Juli	660	572	2429	3661
August	521	561	2743	3825
September	574	524	2488	3586
1913 durchschnittlich im Monat	855	1521	2581	5018

Wie sich aus diesen Zahlen ergibt, ist die Produktion in England und besonders in Deutschland seit 1913 außerordentlich stark zurückgegangen, aber auch die Gesamtjahresproduktion der Vereinigten Staaten erreichte im Jahre 1919 nur eine Höhe von 29 Mill. t gegen 31 Mill. t 1913.

Die Produktion von Stahl
Januar—August 1919 (in 1000 Tonnen).

	England	Deutschland	Verein. Staaten	Zusammen
Januar	718	559	3698	4975
Februar	734	516	3210	4169
März	758	635	3168	4561
April	668	428	2665	3761
Mai	755	594	2296	3645
Juni	631	631	2641	3903
Juli	618	785	2985	4388
1913 durchschnittlich im Monat	639	1802	2608	4749

Hier ist besonders bemerkenswert, daß die englische Produktion, die Anfang 1919 größer war als 1913, zum Schluß des Jahres 1919 wieder stark zurückging. Der englische und amerikanische Stahlexport stellte sich in den ersten neun Monaten des Jahres 1919, verglichen mit dem monatlichen Durchschnitt von 1913, wie folgt:

Export von Eisen und Stahl
Januar—September 1919 (in 1000 Tonnen).

	England	Vereinigte Staaten
Januar	169,0	320,4
Februar	108,6	315,9
März	158,0	340,7
April	171,0	379,6
Mai	206,0	369,2
Juni	194,0	514,8
Juli	199,0	306,4
August	211,5	
September	189,0	

1913 monatlich im Durchschnitt 411,1 und 240,0.

Bemerkenswert ist, daß der englische Export etwas unter die Hälfte des Exports von 1913 ging, aber zu Beginn des Jahres 1919 wieder stieg. Amerika hat seinen Export während des Krieges stark vergrößert, aber es sieht doch so aus, als ob der Kulminationspunkt erreicht ist und man wieder mit einem Rückgang rechnen muß. — In der „Vossischen Zeitung“ (3. Juli) wird ein Bericht über den

Wiederaufbau der Stumm-Gruppe

auf dem rechtsrheinischen Gebiet veröffentlicht. Von der Gebrüder Stumm G. m. b. H. in Neuenkirchen, die den Stummschen Besitz im Saarrevier umfaßte, sind 60% an eine französische Gruppe abgetreten worden. Mit den Mitteln, die aus dieser Abtretung flossen, hat die alte rein deutsche Vermögensverwaltung der Stummschen Familie auf rechtsrheinischem Gebiet einen neuen Konzern aufgebaut. Der Kristallisationspunkt dieses neuen gemischten Montantrustes sind die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke. Ueber die Zusammensetzung des neuen Besitzes, der alle Stadien von der Kohle- und Eisengewinnung bis zur Fertigfabrikation einschließlich der Maschinen-, Automobil- und Schiffsbau-Industrie umfaßt, gibt die folgende Aufstellung ein übersichtliches Bild.

1. Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke. Das Unternehmen verfügt über S. M.-Stahlgießereien, Elektrostahlwerke, Walz-, Hammer- und Preßwerke und eine Federnfabrik.

   Im Portefeuille vom Gelsenkirchener Guß befinden sich die Aktien folgender Werke:

   a) Annener Gußstahlwerk, und zwar zwei Drittel des Gesamtkapitals. Es handelt sich bei dem Werk um Erzeugung von Qualitäten und Spezialitäten, begründet auf das Martinwerk, Tiegelöfen, Hammerwerke und die Gießerei.
   b) Vereinigte Preß- und Hammerwerke in Dahlhausen-Bielefeld. Gelsenkirchen besitzt hier nahezu das gesamte Aktienkapital von 2 Mill. Mark. Das Werk ist modern ausgebaut, besitzt eine Radsatzfabrik und Radreifenwalzwerk und eine chemische Fabrik in Brackwede-Bielefeld.
   c) Stahlwerk Oeking. Hier beschränkt sich der Besitz nur auf 768 000 ℳ, mit deren Hilfe Generaldirektor Münzesheimer in der Generalversammlung am 30. v. M. die Umwandlung von Oeking zur Zechenhütte von Gelsenkirchen verhindert hat.
2. Eisenindustrie zu Menden und Schwerte. Der technische Schwerpunkt liegt im Walzwerk. Ein wertvoller Besitz des Werkes in der gegenwärtigen Zeit ist die Eisensteingrube Jakobskrone.
3. Westfälische Eisen- und Drahtwerke in Werne bei Langendreer, zu dem die Aplerbecker Hütte gehört. Das Werk in Werne verfügt über Drahtwalzwerke, Drahtziehereien und Puddelwerke. Die Aplerbecker Anlagen haben drei Hochöfen mit einer Erzeugung von 100 000 t jährlich und Siemens-Martinöfen. Ferner gehört zur Aplerbecker Hütte die Eisensteingrube „Zufällig Glück“ mit einer Förderung von 46 955 t Spateisenstein, und die Eisensteingrube Martensberg, die zuletzt 14 213 t förderte, deren Betrieb aber im September 1917 eingestellt worden ist. Die Beteiligung beim Siegerländer Eisensteinverein beträgt 60 254 t, beim Roheisenverband 85 000 t.
4. Aplerbecker Aktienverein für Bergbau Zeche Margarethe. (Ziemlich sämtliche Aktien.)
5. Gußstahlwerk Witten (einen erheblichen Teil von Aktien, genaue Ziffern jedoch nicht feststellbar): Zwei Martin-Stahlwerke, Tiegelstahlwerk, Stahlformgießerei, vier Hammer, zwei Preßwerke, mechanische Werkstätten, Blockwalzwerk, Stabwalzwerk, Drahtwalzwerk, Grobblechwalzwerk, Fabrik feuerfester Steine.
6. Rheinisch-Westfälische Bauindustrie Aktiengesellschaft, Düsseldorf (das ganze Aktienkapital): Die Gesellschaft führt Hoch- und Tiefbauten, Beton- und Eisenbetonbauten, insbesondere Bergwerks- und Hüttenbauten aus und soll wohl in den Dienst des weiteren Ausbaues der Stummschen Werke gestellt werden.
7. J. Frerichs & Co., A.-G., Schiffswerft in Einswarden.

8. Norddeutsche Hütte in Oslebshausen bei Bremen, die wiederum maßgebenden Einfluß auf die Steinkohlenzeche Admiral in Hoerde hat.
9. Deutsche Lastautomobil-Fabrik A.-G., Ratingen (30% des Aktienkapitals).
10. Metallgießerei A.-G. Köln-Ehrenfeld.

Umschau.

Gz. Hypotheken Valuta. Aus Hamburg wird mir geschrieben: „Da die Wiederherstellung einer Metallvaluta auf unabsehbare Zeiten unmöglich gemacht ist und ferner die Ständigkeit der Goldvaluta eine beschränkte ist, die durch die Goldverschiebung infolge der Handelsbilanzen der einzelnen Länder stets erschüttert werden kann, so eignet sich nichts besser als Grund- und Bautengarantie, um eine absolut feste Valuta in allen Ländern herzustellen. Der Hypothekenbesitz der einzelnen in Betracht kommenden Länder muss dem Völkerbund übergeben werden, der zur Verwaltung desselben ein Volkswirtschaftsamt zu etablieren hat. Das W. W. A. hat die Aufgabe, die notwendigen Barmittel zu beschaffen, um die notleidenden Staaten in Stand zu setzen, ihre Lebensmittel, sowie alle erforderlichen Rohprodukte zu beschaffen und ferner die unbedingt zur Zahlung drängenden Schulden zu begleichen. Gleichzeitig muss eine Universalzahlungseinheit geschaffen werden, die für alle auswärtigen Transaktionen in Anwendung kommt. Durch diese Befugnis wird sich das W. W. A. als Weltbankier qualifizieren, der jedwede Barleistung zu den denkbar billigsten Bedingungen stets in der Lage sein wird, anzuschaffen. Jeder einzelne Staat hat bis zur Höhe seines Hypothekendepots das Recht, von seinem Kredit Gebrauch zu machen, zu Originalbedingungen und gegen Zahlung eines bestimmten Teiles der Verwaltungsspesen. Durch die Kontrolle der Ausgabenbudgets der einzelnen Staaten wird die W. W. A. die höchste Instanz über den verschiedenen Regierungen. In Deutschland rechne ich mit einem Minimalbetrag von 50 Milliarden Goldmark, welche die Beschlagnahmung aller bis zum 31. Dezember 1916 aufgenommenen Hypotheken ergeben wird. Die späteren Abschlüsse von Hypotheken gegen minderwertige Zahlung müssen natürlich ausgeschlossen bleiben. Der Gegenwert wird den Hypothekenbesitzern als Kredit in die Bücher einer zu konstituirenden National-Hypothen-Trust-Gesellschaft eingeschrieben, welche die Uebertragung der Hypotheken an die W. W. A. zu besorgen hat. Dieser Trust kassiert die Zinsen von den Boden- und Baubesitzern, welche im Durchschnitt zur Zahlung von $4^1/_4$% Zinsen verpflichtet sind, ein, dagegen zahlt er an seine Kreditoren $4^3/_4$% Zinsen p. a. und mindestens jährlich $^1/_{50}$ des ganzen Kreditbetrages als Amortisation zurück. Sollten unvorhergesehene Einnahmen Deutschland in die Lage setzen, rascher amortisieren zu können, so kann die Rückzahlungsquote mit Einwilligung der W. W. A. heraufgesetzt werden. In jedem Fall wird der Staat nach 50 Jahren lastenfreier Besitzer der eingezogenen Hypotheken sein. Er kann also spätestens in diesem Momente seine volle Freiheit wieder erlangen. Der Staat hat somit im ersten Jahre zu zahlen:

ℳ 2 375 000 000	$4^3/_4$% Zinsen auf 50 ℳ	
„ 1 000 000 000	$^1/_{50}$ v. „ „ „ „	

einzukassieren: ℳ 2 125 000 000 $4^1/_4$% Zinsen auf 50 ℳ

	ℳ 3 375 000 000
	„ 2 125 000 000
bleibt Defizit	ℳ 1 250 000 000

während sich dieser Betrag in jedem folgenden Jahre um 67 500 000.— ℳ vermindert. Ausserdem hat der Staat die Zinsen auf die von der W. W. A. bezogenen Summen direkt mit dem Völkerbund zu begleichen. Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich die effektiv nötigen Gelder auf höchstens 12 bis 15 Milliarden Mark taxiere, da ja die früheren Kreditoperationen der Privaten sofort wieder im vollen Umfange einsetzen werden, falls eine genügende Garantie vorhanden sein wird. Ich komme jetzt zur schwierigsten Frage, auf welche Weise dem Hypothekenbesitzer ein genügender Ersatz für seine mündelsicheren Garantien geschaffen werden kann. Ich schlage vor, den gesamten Eisenbahn-, Post und Telegraphenbesitz an den Trust zu zedieren, um als Sicherheit für die Gläubiger zu dienen. Der Wert dieses Objektes beträgt nahezu 30 Milliarden Goldmark, welche zum heutigen Kurse einen Wert von mehr als 250 Milliarden Papiermark repräsentieren. Die Zinsen und die Amortisation müssten auf die Zolleinnahmen genommen und in monatlichen Zahlungen an den Trust abgeführt werden. Durch gesetzliche Bestimmungen genau formuliert, wird dieses Guthaben bei dem Trust an Mündelsicherheit nichts zu wünschen übrig lassen, so dass es vielleicht in Frage kommen kann, ob man überhaupt zu der vorgeschlagenen Zinserhöhung auf $4^3/_4$% zu schreiten braucht. Die jährlich durch Amortisation freiwerdende Milliarde wird ihre Anlage in anderen Mündelwerten, sowie in den neu zu schaffenden Hypotheken finden. Auf die vorgeschlagene Art würde ein 50 Milliarden Mark betragender Goldbesitz, der augenblicklich weder dem Einzelnen noch der Allgemeinheit zum Nutzen gereicht, frei gemacht werden und gleichzeitig ein Aequivalent für die Mündelgelder gefunden sein. Es wäre auf diese Weise unser Eisenbahnbesitz vor jeder fremden Administration bewahrt, und was die allgemeine Lage in Europa anbelangt, so könnte man auf Basis einer universellen Valuta Handel und Wandel in bedeutend grösserem Stile als vor dem Kriege sich entwickeln sehen und somit den argen Kriegsfolgen, rascher als je geglaubt, entweichen“. (Die Ausführungen des Herrn Einsenders scheinen mir als Beitrag zur Erörterung der Probleme des finanziellen Völkerbundes wert, der Oeffentlichkeit übergeben zu werden, ohne dass ich den hier entwickelten Gedankengängen in jeder Beziehung zustimmen könnte.)

Börse und Geldmarkt.

Der Devisenmarkt ist in den letzten Wochen von heftigen Schwankungen verschont geblieben. Es hat sich eine gewisse Stabilität in den Kursen der fremden Wechsel an der Börse herausgebildet, die wirtschaftlich heute von grösserer Wichtigkeit ist, als eine schnelle weitere Besserung des Markkurses. Dass grosse Aufwärts- oder Abwärtsbewegungen der Devisenkurse nicht eingetreten sind, hängt natürlich entscheidend von der Marktlage für die Mark an den ausländischen Börsen ab. Dass aber auch die Schwankungen, die diese Marktage an sich zugelassen

hätte, gemildert worden sind, ist sicherlich auf die Devisenpolitik der Reichsbank zurückzuführen. Es ist der Reichsbank in den letzten Monaten gelungen, sich einen gewissen Vorrat an Devisen anzusammeln, mit denen sie in der Lage ist, wenigstens solange heftige Erschütterungen nicht in Frage stehen, regulierend auf dem Markte einzugreifen. Wieweit die Elastizität dieses „Fettpolsters" der Reichsbank, wie es der Staatssekretär Hirsch genannt hat, reicht, ist natürlich schwer vorauszusehen. Jedenfalls ist es begreiflich, dass gerade nach den Erfahrungen, die

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Mittwoch, 7. Juli	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Aktien-Ges. für Verzinkerei Hilgers, Vogtländische Maschinenfabrik vorm. J. C. & H. Dietrich, Maschinenbau-A.-G. Beck & Henkel. — Schluss des Bezugsrechts Ver. Smyrna-Teppich-Fabriken A.-G., Bezugsrechts Aktien Vereinsbank Hamburg, Bezugsrechts Chemische Werke vorm. H. E. Albert, Bezugsrecht Mitteldeutsche Creditbank Frankfurt a. M.
Donnerstag, 8. Juli	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse, Admiralspalast-A.-G., — Schluss des Bezugsrechts Aktien Essener Creditanstalt, Bezugsrechts Bank für Brau-Industrie, Bezugsrechts Saccharin-Fabrik A.-G. vorm. Fahlberg & List.
Freitag, 9. Juli	*G.-V.:* Baumwollweberei Mittweida. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Metallwarenfabrik vorm. H. Wissner A.-G., Bezugsrechts C. Müller Gummiwarenfabrik A.-G. Berlin, Bezugsrechts Zuckerfabrik Fraustadt.
Sonnabend, 10. Juli	Bankausweis New-York. — *G.-V.:* Zwickauer Maschinenfabrik, Bauland Seestrasse-Nordpark, Eisenhüttenwerk Marienhütte Kotzenau, Akt.-Ges. für Pappenfabrikation, Poldihütte Tiegelgussstahlfabrik, Niederlausitzer Kohlenwerke, Poncet Glashüttenwerke. — Schluss des Bezugsrechts Ottensener Eisenwerk, Hinterlegungsfrist Obligationen Riebeck-Montanwerke, Bezugsrechts Vogtländische Tüllfabrik Plauen, Bezugsrecht Akt.-Ges. für Hoch- und Tiefbauten Frankfurt a. M., Bezugsrechts Deutsche Linoleumwerke Hansa.
Montag, 12. Juli	*G.-V.:* Schultheiss-Brauerei A.-G., Patzenhofer Brauerei, Deutsche Lianosoff-Mineralöl-Import-A.-G., David Richter A.-G., Cuxhavener Hochseefischerei A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Hamburger Reismühle, Bezugsrechts Geraer Strickgarnfabrik Gebr. Feistkorn A.-G., Bezugsrechts Gehe & Co. A.-G.
Dienstag, 13. Juli	*G.-V.:* Lenne Elektrizitäts- und Industriewerke, Chemische Fabrik Helfenberg vorm. E. Dieterich.
Mittwoch, 14. Juli	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Continental-Caoutchouc- und Guttapercha-Compagnie, Köln-Neuessener Bergwerks-Verein. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Bremer Wollkämmerei, Bezugsrechts C. & G. Müller Speisefettfabrik, Bezugsrechts Linde's Eismaschinen, Bezugsrechts Erdmannsdorfer Aktien-Ges. für Flachsspinnerei.
Donnerstag, 15. Juli	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Württembergische Bankanstalt Pflaum & Co., Bank für Brau-Industrie, Accumulatorenfabrik Berlin-Hagen, Anker-Werke Bielefeld. — Schluss des Bezugsrechts Rheinische Glashütten, Bezugsrechts Gussstahlwerk Witten, Bezugsrechts Düsseldorfer Eisenhütten-Gesellschaft, Bezugsrechts Zuckerfabrik Fröbeln, Bezugsrechts Braunschweigische Bank und Creditanstalt A.-G., Bezugsrechts Ver. Fränkische Schuhfabriken, Bezugsrechts Kaliwerke Salzdetfurth, Bezugsrechts Schlossfabrik Velbert.
Freitag, 16. Juli	*G.-V.:* Bank für Handel und Industrie, Felten & Guilleaume Carlswerk A.-G. — Schluss des Bezugsrechts Westfälische Eisen- und Drahtwerke, Bezugsrechts Sächsische Waggonfabrik Werdau.
Sonnabend, 17. Juli	Bankausweis New-York. — *G.-V.:* Zucker-Raffinerie Braunschweig, Moritz Ribbert Akt.-Ges. Hohenlimburg. — Schluss des Bezugsrechts Schlesische Leinenindustrie vorm. C. G. Kramsta.
Montag, 19. Juli	Schluss des Bezugsrechts Aktien Bödding-haus Reimann & Co., Bezugsrechts Geestemünder Bank, Bezugsrechts Amperwerke.
Dienstag, 20. Juli	*G.-V.:* Th. Flöther Maschinenbau-A.-G. Rheinische Akt.-Ges. f. Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation. — Schluss des Bezugsrechts Akt.-Ges. f. Eisenindustrie und Brückenbau vorm. Joh. Caspar Harkort.
	Verlosungen: 8. Juli: 2% Brüsseler Maritime 100 Fr. (1897). 10. Juli: 2½% Antwerpener 100 Fr. (1887), 5½% Crédit foncier de France Obl. (1917), 2% Freiburger Staatsbank 100 Fr. (1895). 2% Genter 100 Fr. (1896), 3% Pariser 400 Fr. (1871). 11. Juli: 3% Crédit foncier de France Pfandbr. (1903). 14. Juli: 2% Serb. 100 Fr. Präm.-Anl. (1881). 15. Juli: Crédit foncier 100 Fr. Bons (1887, 1888), 3% Egypt. Credit foncier 250 Fr. (1886, 1903, 1911), 2% Stadt Lüttich 100 Fr. (1905), 3% Amsterdam 100 Gld. (1874), 2% Brüssel 100 Fr. (1905), 2% Ostende 100 Fr. (1898). 20. Juli: 3% Paris 300 Fr. (1871). 22. Juli: 3% Crédit foncier 250 Fr. (1912), 2½% Stadt Paris 400 Fr. (1892).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Handel und Industrie nicht nur in der Zeit des Sturzes der Mark, sondern auch in der Zeit der sprunghaften Steigerung der Mark gemacht haben, der Wunsch sehr rege ist, alle Vorkehrungen zu treffen, die die Heftigkeit der Devisenbewegungen auch in Zukunft zu vermeiden geeignet sein können. Aus diesem Grunde ist auch in den letzten Wochen die Idee der Wiederaufnahme des Terminhandels für Devisen wieder in den

Vordergrund der Erörterungen gerückt. Der Berliner und der Frankfurter Börsenvorstand haben Ausschüsse eingesetzt, die sich im Einvernehmen mit den zuständigen Amtsstellen und selbstverständlich auch im Einvernehmen mit der Reichsbank mit dem Problem der Wiederaufnahme des Devisen-Terminhandels beschäftigen. Für den Warenhandel und für die Industrie ist der Terminhandel in Devisen die einzige Möglichkeit, sichere Kalkulationsgrundlagen zn schaffen, d. h. sich zu versichern gegen spätere Kursschwankungen beim Eingehen von Verpflichtungen gegenüber dem Auslande. Für die Bankwelt ist die Beschränkung des Devisenhandel auf das reine Kassageschäft nicht unangenehm gewesen. Die Risiken sind beim Kassageschäft geringer und dementsprechend boten sich bequemere Möglichkeiten, erhebliche Gewinne am Devisenmarkt zu machen. Letzten Endes dürfen aber auch in dieser Frage Bank- und Bankierinteressen niemals zum Selbstzweck werden, sondern sofern es irgend möglich ist, muss im Interesse der Gesamtwirtschaft mit Vermittlung der Banken der Devisenterminhandel wiederhergestellt werden. Als im Herbst vorigen Jahres die Devisenordnung aufgehoben wurde, wurde bereits als ein wesentlicher Grund für die Befreiung des Devisenmarktes das Ziel der Wiederherstellung eines Terminhandels in Devisen angeführt. Seitdem haben sich die Devisengeschäfte der Banken überaus nutzbringend entwickelt. Industrie und Handel entbehren aber immer noch der Möglichkeit, Rückdeckungen durch Devisenterminabschlüsse machen zu können. Das Ziel muss also mit Energie verfolgt werden. Selbstverständlich ist es dabei wünschenswert, die Gefahren, die besonders bei spekulativem Missbrauch des Devisenzeithandels allen Beteiligten entstehen können, nach Möglichkeit abzuschwächen. Und der Plan, eine Abrechnungs- und Garantiekasse für die am Devisenterminhandel beteiligten Börsenfirmen zu schaffen, verdient durchaus beachtet und gefördert zu werden. Darüber hinaus wird in den Fachkreisen auch der Gedanke erwogen, ein Ueberwachungskomitee von besonders vertrauenswürdigen Personen zu bilden, das die Aufgabe hätte, gegen Ueberengagements beteiligter Firmen und gegen volkswirtschaftliche Missbräuche des Devisenterminhandels einzuschreiten. Die Möglichkeit des fruchtbaren Arbeitens eines solchen Ueberwachungskomitees wird zum Teil eine Personenfrage sein, zum Teil aber auch eine Frage der Machtmittel, die man diesem Komitee in die Hand geben könnte, um seine Ziele praktich zu verwirklichen. Keinesfalls darf das Bestreben, Missbräuche zu verhindern, dazu führen, den Devisenterminhandel zum Monopol eines kleinen Kreises privilegierter Banken und Bankiers zu machen.

Mit der Beruhigung des Devisenmarktes hat die Favoritenstellung der sogenannten Valutawerte an der Börse eine Erschütterung erfahren. Die Spekulation verteilt sich jetzt etwas gleichmässiger auf die verschiedenen Aktienmärkte und sie sucht sich nach anderen Gesichtspunkten ihre Favoriten aus. Ganz besonders lebhaft ging es in den letzten Wochen am Markte der Petroleum-Aktien her. Die Bewegung erreichte ihren Höhepunkt bei den Aktien der Deutschen Erdöl A.-G., die nach mehrfachen Schwankungen am Schlusse der ersten Juliwoche einen Kurs von 1235% erreicht hatten. Die Steaua-Romana-Aktien schlossen die gleiche Woche mit einem Kurse von 1060% (Am Montag den 5. Juli stiegen Deutsche Erdöl weiter auf 1415%). Ueber die Gründe dieser Petroleum-Hausse tappt die Börse in ihrer Gesamtheit im Dunkeln. Ausgegangen ist die Bewegung ohne Zweifel von Käufen aus Kreisen, bei denen man eine besonders gute Unterrichtung über die geschäftlichen Vorgänge innerhalb des Konzerns der Deutschen-Erdöl-A.-G. annehmen darf. Vorübergehend tauchte die Vermutung an der Börse auf, als ob ein neuer Kampf um die Mehrheit der Erdöl-Aktien zwischen der Gruppe der Disconto-Gesellschaft und der Deutschen Bank im Gange sei. Diese Vermutung war irrig. Die Generalversammlung der Deutschen Erdöl-A. G. zeigte, dass die Disconto-Gesellschaft nicht nur eine starke Generalversammlungsmajorität, sondern die Mehrheit des Aktienkapitals vertrat. Bei der Deutschen Erdöl-A. G. sind durch Abstossung und Umtausch ausländischer Beteiligungen sehr bedeutende Veränderungen vor sich gegangen, über die die Verwaltung sowohl im Geschäftsbericht, als auch in der Generalversammlung Aufklärungen verweigerte, mit dem Hinweis auf geschäftliche Nachteile, die aus politischen Gründen die Erörterung dieser Auslandsgeschäfte mit sich bringen könnte. Dabei muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass trotz der stürmischen und in ihrer Begründung nicht geklärten Börsenbewegung die Aktionäre in der Generalversammlung nicht im geringsten Nachdruck

Warenmarktpreise im Juni 1920.

	1.	8.	15.	22.	29.	
Mais Chicago	172¾	170¾	178½	179	175⅞	cts. per bushel
Kupfer, standard London	96⅜	91⅛	86⅜	86⅞	85¾	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	107½	108	105½	99	102	£ per ton
Zinn London	272¾	255¾	235½	261½	246½	£ per ton
Zink London	45⅜	45	42⅜	41⅝	40½	£ per ton
Blei London	38¾	37⅜	45¾	34	32⅞	£ per ton
Aluminium London	165	165	165	165	165	£ per ton
Quecksilber London	18½	19¼	21¼	21¼	21	£ per Flasche
Weissblech London	74	74	73	72½	70½	sh/d per ton
Silber London	57⅞	48½	44	52½	51½	d per Unze
Baumwolle loco New York	40,00	40,00	39,50	38,25	38,75	cts. per Pfd.
Baumwolle loco Liverpool	25,25	25,72	25,04	24,15	24,68	d per Pfd.
Schmalz Chicago	20,97½	20,50	20,72½	20,65	20,45	Doll. per 100 Pfd.
Kaffee Nr. 1 New York	16⅜	16⅜	15¼	14½	14⅜	cts. per Pfd.
Petroleum stand white New York	25	24¼	24¼	23½	23½	cts. per Gallone

auf die Forderung genauerer Unterrichtung legten. Man kann an sich wohl begreifen, dass es bedenklich sein mag, über Einzelheiten von Auslandstransaktionen zu sprechen. Trotzdem müsste die Verwaltung wenigstens über die Grundlinien der finanziellen Wirkungen dieser Besitzveränderungen die Oeffentlichkeit aufklären. Denn das Schweigen wird allem Anscheine nach von unterrichteten Kreisen dazu benutzt, Geschäfte in den Aktien der Gesellschaft abzuschliessen. Und diese Ausnutzung durch Eingeweihte gibt der Diskretion gegenüber der Masse der Aktionäre immer einen peinlichen Beigeschmack.

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Das Buchhaltungswesen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Ausführliche und leichtverständliche Darstellung der verschiedensten in Betracht kommenden Vorfälle unter Berücksichtigung der Umwandlung, Finanzierung, Sanierung, Bilanzen und Abschlüsse nebst Textabdruck des Gesetzes. Ein Ratgeber für Gesellschafter, Geschäftsführer, Buchhalter und sonstige Interessenten. Von Carl Beck, öffentlich angestelltem und beeidigten Bücherrevisor, Hannover. Hannover 1920. Hahn'sche Buchhandlung. Preis ℳ 16.80 und 20%.

Einleitung. — Die Eröffnungsbilanz. — Die Vermögensbilanz (Jahresbilanz) und die betr. gesetzlichen Bestimmungen. — Gewinn- und Verlustrechnung. — Vollständiger Jahresabschluss einer G. m. b. H. — Gewinn- und Verlustrechnung bei einfacher Buchhaltung — Verlust. und Ueberschuldung. — Umwandlung — Fusion. — Erhöhung des Stammkapitals. — Herabsetzung des Stammkapitals. — Sanierung. — Uebertragung von Anteilen. — Der Erwerb eigener Anteile und seine Verbuchung. — Geschenkte Anteile, Beteiligungsverhältnisse der übrigen Gesellschafter. — Amortisation. — Kaduzierung. — Nachschüsse. — Liquidation. — Ueber die Einrichtung der Buchhaltung im allgemeinen und die Büroorganisation. — Geheimbuch. — Bücher-Revision. — Anhang.

Die Not der geistigen Arbeiter. Ein Alarmruf von Konrad Haenisch, Preussischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Nach einem im Leipziger Buchhändlerhause gehaltenen Vortrag. XII. Band der Sammlung zeitgemässer Schriften der deutschen Revolution. Herausgegeben von Professor Dr. Houben und Geb. Schulrat Dr. Mencke-Glückert. Leipzig 1920. Verlag von Dr. Werner Klinkhardt. Preis ℳ 3.—.

Die neue Umsatzsteuer. Mit Beispielen dargestell von Dr. Ernst Eckstein, Rechtsanwalt in Berlin 4. Buch der neuen Gesetze und Steuern in gemeinverständlicher Darstellung. Mannheim, Berlin, Leipzig 1920 J. Bensheimer. Preis ℳ 5.—.

Die allgemeine Umsatzsteuer. — Die allgemeine Luxussteuer. — Die Kleinhandelsluxussteuer. — Erhöhte Steuer auf Leistungen besonderer Art. — Ueberwachung der Steuerpflichtigen. — Steuerberechnung und Veranlagung. — Steuerhinterziehung. — Uebergangsrecht.

Die Einkommensbesteuerung der Erwerbsgesellschaften und ihrer Gesellschafter und die Umwandlung der Gesellschaftsformen nach dem neuen Steuerrecht. Ein Leitfaden für die kaufmännische Praxis von Dr. jur. et rer. pol. Albert L. Pariser und Dr. jur. et rer. pol. Werner Feilchenfeld, Berlin. 5. Buch der neuen Gesetze und Steuern in gemeinverständlicher Darstellung. Mannheim, Berlin, Leipzig 1920. J. Bensheimer. Preis ℳ 5.—.

Einleitung. — Die Grundlagen der Besteuerung. — Die Besteuerug der Gesellschaften und ihrer Gesellschafter. — Die Umwandlung von Gesellschaftsformen. — Schluss.

Betriebsrätegesetz für das Deutsche Reich vom 4. Februar 1920 nebst der Wahlordnung vom 5. Februar 1920. Herausgegeben von Karl Pannier. Nr. 6099 der Reclams Universal Bibliothek. Leipzig 1920. Druck und Verlag von Philipp Reclam jun. Preis ℳ 1.—

Erbschaftssteuergesetz für das Deutsche Reich vom 10. September 1919 nebst den Ausführungsbestimmungen. Textausgabe mit kurzen Anmerkungen und Sachregister. Herausgegeben von Karl Pannier. Nr. 6083, 6084 der Reclams Universal Bibliothek. Leipzig 1920. Druck und Verlag von Philipp Reclam jun. Preis ℳ 3.25.

Friedrich List. Ein Beitrag zu seiner Würdigung in 2 Teilen mit 15 bisher unveröffentlichten Briefen und Eingaben List's und dem Faksimile seines eigenhändigen Entwurfs zu einer Zeitschrift. I. Teil von Dr. Max Hoetzel. Berlin 1919. Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht. Preis ℳ 8.—.

Vorwort. — List und sein Schicksal. — Sein Lebensgang. — Die Strafverfahren gegen List. — Im Urteil der Oeffentlichkeit und der Obrigkeit. — Faksimile seines eigenhändigen Entwurfs einer Zeitschrift. — Anhang. — Listbibliographie.

Das Reichsnotopfer. Gesetz über die grosse Vermögensabgabe erläutert von W. Beuck, Steuersyndikus des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller (Nordd. Gruppe) Berlin. Elsners Betriebsbücherei. Herausgegeben von Dr. jur. Tänzler und Dipl.-Ing. Sorge. 6. Band. Berlin 1920. Otto Elsners Verlagsgesellschaft. Preis ℳ 17.60 und 10 %.

Einleitung. — Allgemeine Inhaltsangabe. — Gesetzestext. — Erläuterung zum Gesetz.

Das alte System über sich selbst. Aus den Erinnerungen von Ludendorff, Helfferich, Bethmann, Tirpitz und andern. Zusammengefasst von Prof. Dr. Ludwig Bergstraesser, Privatdozent der Geschichte an der Technischen Hochschule Berlin. Berlin 1920. Zentralverlag G. m. b. H. Preis ℳ —.90.

Der „Dolchstoss". Warum das deutsche Heer zusammenbrach. Berlin 1920. Zentralverlag G. m. b. H. Preis ℳ 1.20.

Bolschewismus contra Bolschewismus. Die Führer des Bolschewismus über die Lage in Russland. Von Otto Schöny. Schriften zu Deutschlands Erneuerung. Geist und Arbeit. Berlin 1920. Zentralverlag G. m. b. H. Preis ℳ 1.10.

Die Kohle als Grundlage unseres Wirtschaftslebens. Von Hans Grunewald. Schriften zu Deutschlands Erneuerung. Geist und Arbeit. Berlin 1920. Zentralverlag G. m. b. H. Preis ℳ 1.50.—

Deutschlands Wiederaufbau und bolschewistische Lockungen. Warnung an das deutsche Volk zu ernster Stunde. Von Oberst a. D. Friedrich

Immanuel. Berlin 1920. Verlag der Kulturliga G. m. b. H. Preis ℳ 2.— & 10 %.

Zur Einführung. — Was ist der Bolschewismus? — Die Verbreitung des Bolschewismus ausserhalb Russlands. — Wird der Bolschewismus Deutschland erobern? — Bolschewismus, Aufbau, Rachekrieg. — Zur Abwehr des Bolschewismus.

Gewerkschaften, Rätesystem und Demokratie. Von Karl Erdmann sen. Heft 10 der Revolutions-Streitfragen. Berlin 1920. Verlag der Kulturliga G. m. b. H. Preis ℳ 1.50.

Das Justizwesen der Sowjetrepublik (Gesetze und Verordnungen) Herausgegeben vom Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus. 5. Heft der Sammlung von Quellen zum Studium des Bolschewismus. Berlin 1920. Verlag der Kulturliga G. m. b. H. Preis ℳ 2.— und 25 %.

Reichsabgabenordnung nebst Einführungsverordnung und Gesetz über die Steuernachsicht mit erläuternder Einleitung und Sachregister Nr. 143 der Guttentagschen Sammlung Deutscher Reichsgesetze. Berlin und Leipzig 1920. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. Preis ℳ 9.—.

Einleitung. — Reichsabgabenordnung. — Behörden. — Besteuerung. — Strafrecht und Strafverfahren. — Uebergangs und Schlussvorschriften.

Geldumlauf und Thesaurierung. Grundsätze der Notenbankpolitik. Von Dr. Eduard Kellenberger Privatdozent an der Universität Bern. Zürich 1920. Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli. Preis ℳ 60.—.

Vorwort. — Dogmengeschichtlich-theoretischer Teil. — Im Zeitalter der Losung: Geld ein Hortungsmittel (16. und 17. Jahrhundert). — Im Zeitalter der Losung: Geld ein Produktionsmittel (1766 bis 1850). — Im Zeitalter der Losung: Goldwährung statt Doppel- oder Silberwährung und Festigung derselben (1850 bis heute) — Deskriptiv-statistischer Teil. — Die Messung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes — Aeltere Versuche. — Die Methode Irving Fishers. — Eigene Erhebungen und Berechnungen — Verlauf und Messung der Thesaurierung.

Technik und Industrie. Jahrbuch der Technik. Zeitschrift für Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Elektrotechnik, Gesundheitstechnik, techn. Chemie, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie, Volks- und Weltwirtschaft. Jahrgang VI, 1919/1920. Stuttgart 1920 Franckhsche Verlagsbuchhandlung. Preis geheftet ℳ 12.—, gebunden ℳ 20.—.

Allgemeines. — Anstalten. — Bauwesen. — Beleuchtung. — Bergbau. — Eisenbahnen. — Eisenindustrie. — Elektrotechnik. — Erfahrungen und Erfindungen. — Heizung. — Hüttenwesen. — Industrie. — Kraftwerke. — Landwirtschaft. — Luftfahrt. — Maschinen. — Metalle. — Nachrichtenverkehr. — Naturstoffe. — Photographie. — Schiffbau und Schiffahrt. — Techniker und Industrielles. — Verkehrstechnik. — Volkswirtschaft. — Wasserstrassen. — Wasserwirtschaft.

Festgabe für Dr. jur. h. c. Otto Liebmann, den Begründer, Verleger, Schriftleiter und Herausgeber der Deutschen Juristen-Zeitung. Zum 25. Jahrgange gewidmet von Freunden des Blattes. Sonderausgabe der III. Abteilung: Finanz- und Steuerrecht. Berlin 1920. Verlag von Otto Liebmann, Verlag der Deutschen Juristen-Zeitung und der Deutschen Strafrechts-Zeitung. Preis ℳ 4.75.

Neue Wirtschaft. Band 5 der Textbücher zu Studien über Wirtschaft und Staat. Herausgegeben von Prof. Dr. J. Jastrow. Berlin und Leipzig 1920. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. vormals G. I. Göschensche Verlagsbuchhandlung. — I. Guttentag, Verlagsbuchhandlung. — Georg Reimer. — Karl I. Trübner. — Veit & Comp. Preis ℳ 10.—.

Grundordnungen. — Berichte von Landesstaaten und Städten über die Kriegswirtschaft. — Sozialpolitik. — Sozialisierung. — Der Reichs-Haushaltsplan 1914, 1919. — Valuta-Denkschrift: Kurve. — Der erste Preissturz 1919 (Jastrow). — Probe aus fortlaufenden Veröffentlichungen. — Formulare für handschriftliche Statistik. — Notizen.

Gutachten der Rechtsauskunftsstelle des Deutschen Verlegervereins, Leipzig. Erstattet von Justizrat Dr. R. Anschütz. 4. Heft. Sonderabdruck aus den „Mitteilungen des Deutschen Verleger-Vereins“, Jahrgang 1919. Nebst Sachregister zu Heft 1—4. Leipzig 1920. Deutscher Verlegerverein. Preis ℳ 4,—. Für Mitglieder ℳ 2.—.

Ueber den Parteien! Weckruf an Deutschlands Intelligenz. Parole: Sieg und Rettung durch Reformation! Von Walter Schwartze. Charlottenburg 1920, Freie Gesellschaft zur Förderung einer produktiven Reformation W. Schwartze und I. Bertinetti, Fritschestr. 18. Preis ℳ 3,50.

Das Reichsnotopfer! Ein Leitfaden zur Einführung in das Gesetz vom 31. Dezember 1919. Erweiterter Abdruck eines, auf Veranlassung der Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin und des Vereins der Industriellen Pommerns und der benachbarten Gebiete im grossen Börsensaale zu Stettin am 28. Januar 1920 gehaltenen Vortrags von Dr. Richard Rosendorff, Rechtsanwalt zu Berlin. Berlin 1920. Conrad Haber's Verlag. Preis ℳ 3,75.

Einleitung. — Die abgabepflichtigen Personen und Abgabemassen. — Das abgabepflichtige Vermögen. — Zusammenrechnungen, Hinzurechnungen und Abzüge. — Der Stichtag der Abgabe. — Die Steuererklärung. — Höhe und Entrichtung der Abgabe. — Neue Veranlagung. — Rechtsmittel. — Strafvorschriften. — Die Bestimmungen für die Erwerbsgesellschaften. — Anlagen.

Steuerreklamationen. Von W. Gerstmann, Bücherrevisor und O. Zschucke, Dr. jur. Dritte vollständig umgearbeitete und verbesserte Auflage. I. Band. Berlin 1920. Conrad Haber's Verlag. Preis ℳ 5,—.

Eckerlein. Roman von Victor Kohlenegg. Berlin 1920. Verlag Ullstein & Co. Preis ℳ 26,—.

Heinrich Heine. Von C. F. Reinhold. Berlin 1920. Verlag Ullstein & Co. Preis ℳ 20,—.

Wallenstein. Geschichte eines Herrscherlebens. Nach den Urkunden dargestellt und eingeleitet von Paul Wiegler. Berlin 1920. Verlag Ullstein & Co. Preis ℳ 20,—.

Glück ohne Ruh'. Roman von Agnes Harder. Berlin 1920. Verlag Ullstein & Co. Preis ℳ 4,—.

Börse und Effektenhandel im Kriege unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Börse. Von Walter Klebba. Berlin 1920. Verlag der Haude & Spenerschen Buchhandlung Max Paschke. Preis ℳ 15,—.

Einleitung. — Die Börse bei Kriegsausbruch. — Der Abbau der Ultimo-Engagements. — Die inoffizielle Börse. — Verbot der Mitteilungen von Kursen. — Fragen der Effektenbewertung. — Die Eigenhändlerklausel. — Die Spekulation im Kriege. — Die Tätigkeit der Zulassungsstelle. — Die beschränkte Wiederaufnahme des amtlichen Börsenhandels. — Der Umschwung. — Der Markt der Kriegsanleihen. — Rückblick und Ausblick.

Gesetz betr. die Sozialisierung der Elektricitätswirtschaft. Vom 31. Dezember 1919. Von Dr. Heinrich Stern, Rechtsanwalt in Berlin und Dipl. Ing. Conrad Aron b. d. Allg. Elektr. Gesellsch. in Berlin. Berlin 1920. — Verlag von Franz Vahlen. Preis ℳ 8,50.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Fritz Naphtali-Berlin.

Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft zu Berlin.

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Aktiva.	M.	Pf	M.	Pf
I. Erdölunternehmen.				
Mineralölwerke in Wietze . . .	5208976	14		
Mineralölwerke in Rositz	23338212	71		
Geschäftsanteile von Raffineriegesellschaften m. b. H	3519333	80	32066522	65
II. Braunkohlenunternehmen.				
Verschiedene Beteiligungen . . .			18857113	48
III. Verkaufs-, Transport- und Lagerungs-Unternehmen.				
„Olex" (A.-G. für österr. u. ungarische Mineralölprodukte, Wien) Beteiligung im Nennbetrage von Kr. 2 368 400,— Aktien . . .	629994	40		
Deutscher Mineralöl-Verkaufsverein G. m. b. H., Berlin (Oelkontor) Sämtl. mit 25% eingez. Geschäftsanteile im Nennbetr. v. M. 500 000	125000	—		
„Köhlbrand" Industrie-Gesellschaft m. b. H., Berlin Sämtl. voll eingez. Geschäftsant. im Nennbetr. von M. 20 000,—	20000	—		
Weitere Invest. dies. Ges., durch Darlehn seit. der Dea bestritten	1845157	79		
Umschlagsanlage Regensburg . .	237509	86		
„Pechelbronn" Seetransport-Ges. m. b. H., Hamburg Sämtl. voll eingez. Geschäftsant. im Nennbetrage v. M. 20 000,—	20000	—		
Weitere Investitionen dieser Ges., d. Darlehn seit. der Dea bestritten	970742	41		
Fahrzeuge	1619286	63	5467691	09
IV. Kaliunternehmen.				
Verschiedene Beteiligungen . . .			378057	50
V. Bestände.				
Bestände an Rohöl, Rohteer, Halb- u. Fertigfabrikaten	24863947	79		
Materialien und Fastagen	7437862	26	32301810	05
Staatspapiere			5654525	50
Kassenbestände, Reichsbank- und Postscheckguthaben			246902	77
Vermögen des Beamten und Arbeiterunterstützungsfonds M. 2 778 536,25				
VI. Ausländische Werte.				
Verschiedene			80634182	53
VII. Verschiedenes.				
Verwaltungsgebäude Berlin-Schöneberg (in Ausführung begriffen)			2972697	49
Beteiligung an verschied. deutschen Unternehmungen			383004	—
Mobilien			1	—
Vorausgezahlte Versicherungsbeträge und Mieten			133020	16
Bürgschaften und Kautionen M. 17 297 347,92				
Debitoren:				
Konzerngesellschaften	40424433	98		
Verschiedene	12671141	49	53095575	47
			232191103	69

Passiva.	M.	Pf	M.	Pf
Aktienkapital			30750000	—
Anleihen			5783450	—
Gesetzliche Rücklage			7500000	—
Sonderrücklage			5000000	—
Selbstversicherungsfonds			1907811	—
Delkredere-Rückstellung			64647	50
Rückstellung für Anleihezinsen . .			70187	85
Nicht erhobene Dividende Anleihezinsen und ausgeloste Schuldverschreibungen.			442625	—
Rückstellung für Talonsteuer . .			435762	—
Baureserve für Verwaltungsgebäude			2000000	—
Hypotheken auf Grundstück Berlin-Schöneberg			775920	—
Beamten- u. Arbeiterunterstützungsfonds . . . M. 2 778 536,25				
Bürgschaft. u. Kaut. M. 17 297 347,92				
Kreditoren:				
Konzerngesellschaften	34940340	03		
Verschiedene	122691139	21	157631479	24
Reingewinn			19829221	10
			232191103	69

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1919.

Soll.	M.	Pf
Geschäfts- und Verwaltungsunkosten	11101670	35
Steuern	7053332	38
Zinsen	763490	59
Aufschluss-, Untersuchungs- u. Versuchsarbeiten	808860	35
Abschreibungen:		
auf Mineralölwerke in Wietze	1430883	79
auf Mineralölwerke in Rositz	5000000	—
auf Verschiedenes	2517735	38
Kursverlust auf Staatspapiere	1616396	10
Rückstellung für Talonsteuer	184975	50
Reingewinn	19829221	10
	50306565	54

Haben.	M.	Pf
Vortrag aus 1918	320790	38
Geschäftserträgnis	49985775	16
	50306565	54

Die für das Geschäftsjahr 1919 für unsere Aktien **Nr. 1—30750** durch die Generalversammlung genehmigte und auf **25 %** festgesetzte Dividende sowie die auf **20%** festgesetzte Sonderausschüttung gelangt von **heute ab** bei den Banken:

Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin W 8, oder einer ihrer Filialen,
Dresdner Bank, Berlin W 56, oder einer ihrer Filialen,
S. Bleichröder, Berlin W 8,
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Köln a. Rh., oder einer seiner Filialen,
Hardy & Co. G m.b.H., Berlin W 56,
Essener Credit-Anstalt, Essen-Ruhr, oder einer ihrer Filialen,

gegen Einlieferung der Gewinnanteilscheine
Nr. 11 für die Aktien Nr. 1—6625,
„ **10** „ „ „ „ **6626—80 00,**
„ **9** „ „ „ „ **8001—13000,**
„ **8** „ „ „ „ **13001—20500,**
„ **7** „ „ „ „ **20501—30750**
mit **M. 250.**— als Dividende
und mit **M. 200.**— als Sonderausschüttung
zur Auszahlung. [2148]

Berlin, den 1. Juli 1920.

Der Vorstand.

R. Nöllenburg.



Die für das Geschäftsjahr 1919 auf **10%** festgesetzte **Dividende** gelangt mit **M. 100.–** pro Aktie **von heute ab** gegen Aushändigung des Dividendenscheines **Nr. 27** bei der **Commerz- und Disconto-Bank, Berlin, Hamburg, Köln** und **Frankfurt a. M.**, bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin** und **Frankfurt a. M.**, bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg, Hamburg**, beim **A. Schaaffhausen'schen Bankverein Akt.-Ges., Köln** bei der **Dresdner Bank, Frankfurt a. M.**, und bei der **Vogtländischen Bank, Abteilung der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Plauen i. Vgtl.** zur Auszahlung.

Hirschberg (Saale), den 29. Juni 1920.

Lederfabrik Hirschberg vorm. Heinrich Knoch & Co.

Knoch. Kern. M. Knoch. F. Knoch

Bilanz per 31. Dezember 1919

Aktiva.	M.	Pf
Grundstücks-Konto	120000	77
Fabrik- u. Wohngebäude-Konto . .	577406	—
Maschinen-Konto .	55571	48
Utensilien-Konto .	1	—
Mod.- u. Form.-Kto.	1	—
Pferde- u. Wag.-K.	1	—
Rohmaterialien-Kt.	95093	10
Waren-Konto . . .	307005	55
Konto-Korrent-Kto	422625	01
Kassa-Konto	6691	41
Versicherungs-Kto.	2675	38
	1587071	70

Passiva.	M.	Pf
Kapital-Kto.	1000000	—
Hypotheken-Konto	137282	80
Talonst.-Res.-Kto.	10000	—
Konto-Korrent-Kto.	142082	68
Gew.- u. Verl.-Kto.	297706	22
	1587071	70

Duxer Porzellan-Manufaktur, Aktiengesellschaft vormals Ed. Eichler.

Der Vorstand.

Pumplün. E. Kovács

Orenstein & Koppel

Aktiengesellschaft.

Die in der heutigen Generalversammlung auf **16 pCt.** festgesetzte **Dividende** gelangt mit

M. 160.– pro Aktie

an den bekannten Zahlstellen zur Auszahlung. [2142

Berlin, den 23. Juni 1920.

Der Vorstand.

Orenstein.

Bilanz-Konto abgeschlossen am 31. Dezember 1919

Aktiva.	M	Pf	Passiva.	M	Pf
Kassa-Konto . .	42 175	05	Akt.-Kapital-K. .	4 000 000	—
Report-Konto . .	4 154 076	80	Reserve-Fds.-K.	150 000	—
Börsensteuer-K.	83 602	—	Spezial-Res.-K. .	600 000	—
Div. Provisions-Debitores . . .	63 449	60	Talonsteuer-K. .	17 000	—
Effekt. d. Hilfsfds.	81 000	—	Kurtage-Konto .	3 903	70
Div. Debitores .	5 509 063	15	Dividende-Konto	1 040	—
Mobiliar-Konto .	1	—	Hilfsfonds-Konto	87 681	70
Abgeschriebene Forderungen . .	1	—	Div. Kreditores .	4 827 426	75
			Gewinn- u. Verlust-Konto . . .	246 316	45
	9 933 368	60		9 933 368	60

Die auf 4% festgesetzte Dividende ist **sofort** zahlbar.

Berlin, den 29. Juni 1920.

Berliner Makler-Verein.

Daus.

C. Lorenz
Aktiengesellschaft zu Berlin
Bilanz am 31. Dezember 1919.

Aktiva.	M.	Pf
Kassa-Konto . . .	58380	12
Wechsel-Konto . .	8690	28
Konto-Korr.-Kto. .	8394235	39
Kautions-Aval-Kto M. 2 903 288,--		
Effekten-Konto . .	1955045	85
Beteiligungs-Kto. .	1237504	—
Fabrikations-Kto. .	10164502	39
Rohmaterial-Kto. .	2149175	80
Grundstück-Kto. .	1646401	50
Gebäude-Konto . .	4330570	23
Maschinen-Konto .	31993	35
Werkzeug-Konto .	139211	13
Werkstatt-Utensil.-Konto	797973	40
Kontor-Mobil.-Kto.	1	—
Patente-Konto. . .	1	—
Modelle-Konto . .	1	—
Radio-Versuchs-stations-Konto . .	1	—
	30910687	44

Passiva.	M.	Pf
Akt.-Kapital-Kto. .	6750000	—
Reservefonds-Kto.	6000000	—
Talonsteuer-Re-servefonds-Kto. .	22700	
	16552324	—
Kto.-Korrent-Kto.		94
Kautions-Aval-Kto. M. 2 903 288,—		
Dividende-Konto.	17380	—
Gewinn-u.Verlust-Konto	1568282	50
	30910687	44

Gewinn- u. Verlust-Konto am 31. Dez. 1919.

Debet.	M.	Pf
Abschreibungen:		
Gebäude-Konto .	92123	57
Maschinen-Kto. .	95750	93
Werkzeug-Kto. .	489717	11
Werkst.-Utensil.-Konto	429112	16
Kont.-Mobil.-Kto.	15750	64
Patente-Konto . .	500	—
Modelle-Konto. .	12769	—
Radio-Versuchs-stat.-Konto . . .	15530	77
Gewinn	1568282	50
	2719536	68

Kredit.	M.	Pf
Gewinn-Vortrag aus 1918.	118446	99
Gewinn für 1919.	2601089	69
	2719536	68

Die Dividende von 10 % ist mit 100.— M. zuzüglich Sondervergütung von 10% = 100.— M. gegen Einlieferung des Dividendenscheins pro 1919 für das vierzehnte Geschäftsjahr von heute ab zahlbar mit 200.— M. b. d. **Gesellschaftskasse, Berlin-Tempelhof, Lorenzweg,** b. d. **Commerz- und Disconto-Bank, Berlin, Hamburg, Hannover, Kiel,** b. d. **Nationalbank für Deutschland, Berlin W,** b. d. Bankhause **Wiener, Levy & Co., Berlin W, Charlottenstr. 60.** [2150

Berlin, den 30. Juni 1919.

Der Vorstand.

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Aktiva.	M.	Pf
Grundstücks-Kto.	2 868 709	08
Strass.-Regul.-K.	874 724	15
Effek.-u.Beteil.-K.	117 824	30
Aktiv-Hypoth.-K.	107 476	20
Inventar-Konto .	1	—
Debitoren . . .	102 664	52
Kassa-Konto . .	2 530	52
Aval-D. 43 610.—		
Gew.- u. Ver.-Kt.	100 752	48
	4 174 682	25

Passiva.	M.	Pf
Vorzugs - Aktien-Kapital-Konto .	2 306 000	—
Stammakt.-K.-K.	694 000	—
Hyp.-Schulden-K.	593 000	—
Kreditoren. . .	357 214	60
Strass.-Reg.-Res.	134 467	65
Eff.-u.Bt.-Res.-K.	90 000	—
Aval-Kr. 43 610.—		
(2155)	4 174 682	25

Teltower Boden-Aktiengesellsch.

Müller. Schneider.

Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau u. Brikettfabrikation Köln.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am **20. Juli 1920, vormittags 12 Uhr** im Geschäftshause der Herren Sal. Oppenheim jr. & Cie. Köln, Grosse Budengasse 8, stattfindenden **ordentlichen Generalversammlung** ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts, der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1919/20, Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Beschlussfassung über Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Beschlussfassung über die Gewinnverteilung.
4. Aenderung des § 19 der Satzungen (Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats).
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche **spätestens am fünften Werktage vor dem Tage der Generalversammlung bis abends 6 Uhr**

bei der **Kasse der Gesellschaft** oder
bei der **Deutschen Bank, Berlin** und deren Filialen,
bei der **Bank für Handel und Industrie, Berlin,** und deren Filialen in **Frankfurt am Main, Düsseldorf, Köln, Dortmund,**
bei der **Berliner Handelsgesellschaft, Berlin,**
bei dem Bankhause **Jacquier & Securius, Berlin,**
bei der **Nationalbank für Deutschland, Berlin,**
bei dem Bankhause **A. E. Wassermann, Berlin,**
bei der **Bank des Berliner Kassen-Vereins** (nur für Mitglieder des Giro-Effekten-Depots)
bei dem Bankhause **Deichmann & Cie., Köln,**
bei der **Dresdner Bank, Köln,**
bei dem, Bankhause **A. Levy, Köln,**
bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,**
bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein, Köln,**
bei der **Deutschen Effekten- und Wechsel-Bank, Frankfurt a. Main,**
bei dem Bankhause **Jakob S. H. Stern, Frankfurt a. Main,**

a) ein Nummernverzeichnis der zur Teilnahme bestimmten Aktien einreichen,
b) ihre Aktien oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank oder eines Notars hinterlegen.

Köln, den 29. Juni 1920.

Der Aufsichtsrat.
Der Vorstand.

Bilanz am 31. Dezember 1919.

Aktiva.	M.	Pf
Grdstücks-u.Gb.-K.	3220570	—
Pferde-Konto . .	105000	—
Rollwag., Pläne, Geschirre, Stallutens.	1	—
Patent-Möbelwag. .	1	—
Güterschuppen-K. .	1	—
Inventarien-Konto .	1	—
Formular-Konto .	1	—
Kautions-Konto .	460250	—
Kto.f.Beteiligungen	112350	—
Hypoth.-Amort.-K.	220578	73
Hypotheken-Konto	45000	—
Effekten-Konto . .	779000	—
Debitoren . . .	1603180	55
Bankguthaben . .	1144768	—
Wechsel- u. Kassa-Konto	272678	51
Lager-Konto . .	18213	07
Futter-Konto .	45217	60
	8026811	46

Passiva.	M.	Pf
Aktien-Kapital-Kto.	2000000	—
Reservefonds-Kto.	200000	—
Spezial-Reserve-K.	150000	—
Talonsteuer-Konto	12500	—
Hypotheken Konto	1759100	—
Kreditoren . . .	2 479107	87
Aval-Konto . . .	458330	—
Dividenden-Konto .	460	—
Gewinn 1698818.78 ./· Abschreibungen 731505.19	967313	59
	8026811	46

Die auf 25 % festgesetzte **Dividende** gelangt **vom 5. d. M.** ab gegen Dividendenschein Nr. 34 bei dem Bankhause **Georg Fromberg & Co., Berlin,** Jägerstr. 9, zur Auszahlung.

Berlin, den 3. Juli 1920. [2156

Berliner Speditions- und Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft (vormals Bartz & Co.)

Der Vorstand.

Deutsche Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien

Einladung

zu der am **Montag, den 2. August 1920,** nachm. $4^{1}/_{2}$ Uhr, im Bankgebäude zu Bremen abzuhaltenden **ausserordentlichen Generalversammlung.**

TAGES-ORDNUNG:

1. Genehmigung des Vertrages, durch welchen die Nationalbank für Deutschland in Berlin ihr Vermögen als Ganzes ohne Liquidation an die Deutsche Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien in Bremen gegen Gewähr von Aktien dieser Gesellschaft überträgt (Fusion).
   Die Aktionäre der Nationalbank für Deutschland erhalten für je nom. M. 1000.— Nationalbank für Deutschland Aktien je nom. M. 1000.— Aktien der Deutschen Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, dividendenberechtigt ab 1. Januar 1920.
2. Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe neuer Inhaber-Aktien zu je M. 1000.— im Gesamtbetrage von M. 108 000 000.—, teils zur Ausführung des mit der Nationalbank für Deutschland, Berlin, geschlossenen Fusionsvertrages, teils zur Erhöhung der Betriebsmittel.
3. Entlastungserteilung an einen ausscheidenden persönlich haftenden Gesellschafter und Aufnahme von drei neuen persönlich haftenden Gesellschaftern.
4. Statutenänderungen:
   a) des § 1 betr. Aenderung der Firma Deutsche Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien in Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien und Verlegung des Sitzes.
   b) des § 4 betr. die Gesellschaftsblätter.

(Fortsetzung nebenstehend)

   c) des § 5 betr. das Grundkapital gemäss des zu 2) gefassten Beschlusses.
   d) des § 13 betr. die persönlich haftenden Gesellschafter, deren Wohnsitz und Gewinnanteil.
   e) des § 37, Satz 1, welcher folgenden Wortlaut erhält:
   Die Generalversammlungen finden in Berlin oder Bremen statt, die ordentlichen regelmässig im ersten Semester eines jeden Geschäftsjahres.
5. Aufsichtsratswahlen.

Die Hinterlegung der Aktien bezw. der notariellen Hinterlegungsscheine hat gemäss § 33 des Gesellschaftsvertrages bis zum 30. Juli 1920 einschliesslich **bei uns und unseren Niederlassungen** sowie

in **Berlin** bei der **Bank für Handel und Industrie** und deren Niederlassungen in **Frankfurt a.M.** und **Hamburg,**
" " bei der **Berliner Handels-Gesellschaft,**
" " bei dem Bankhause **S. Bleichröder,**
" " bei der **Deutschen Bank,**
" " bei der **Nationalbank für Deutschland,**
" **Hamburg** bei dem Bankhause **M. M. Warburg & Co.**

zu erfolgen.

Bremen, den 5. Juli 1920. [2158

Deutsche Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Hincke. Meininghaus. Dr. A. Strube.

Neue Boden-Aktiengesellschaft.

Bilanz-Konto per 31. Dez. 1919.

Aktiva.	M.	Pf	Passiva.	M.	Pf
Hypothek.-Ford.	20691235	60	Aktienkapital . .	21500000	—
Hausgrundstücke	7499678	88	Teilschuldverschr.	19344800	—
Bauterrains . .	16785139	99	Fäll. Teilschuld-. verschreibungen	98508	50
Baumschule . .	5000	—	Teilschuldverschreibg.-Agio .	359500	—
Grundsch.-Ford. .	1	—	Teilschuldverschr. Zinsscheine per 2.1.1920 u.früh.	394766	50
Konsortial-Kto I .	1	—	Hypoth.-Schuld.	12629786	77
Konsortial-Kto. II	8369321	49	Kreditoren . . .	4111723	13
Effekten . . .	1941384	95	Aval-Kreditoren .	125000	—
G.m.b.H.-Anteile	603052	—	Kautionen M. 829 200.—		
Debitoren . . .	2280423	72	Pensions-Fonds .	261903	95
Mobiliar u. Invent.	1	—	Avale M. 415 456.—		
Aval-Debitoren M. 415 456.—			Rücklage . . .	6550223	51
Kautions-Wechs.	125000	—			
Kaut.-Effekten M. 829 200.—					
Pensfds.-Effekten	182456	—			
Kasse	34017	49			
Bankguthaben .	5962322	59			
Reichsschatzw. .	897176	65			
	65376212	36		65376212	36

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.	M.	Pf	Kredit.	M.	Pf
Teilschuldverschreibg.-Zinsen .	760094	—	Hypothekenford.-Zinsen	828746	12
Hyp.-Schuld.-Zins auf Hausgrundst.	334599	15	Eing. auf früher abgeschrb. Hypoth., Debitoren usw. .	112653	33
Verw. d. Hausgrdst	227566	15	Grundschulden . .	184752	34
Grundst.-Reparat. .	121762	52	Konsortial-Kto. I	5616	64
Handlungsunkost. .	516308	53	Konsortial-Kto. II	48140	45
Provis. abz. eingegang. Betrag	15211	79	Bauterrains . . .	12644	78
Hyp.-Schuld.-Zins u. Grundst. usw	573624	06	Hausgrundstücke .	510772	39
Abschreibungen	93033	65	Zinsen	124319	76
Ueberweisung an die Rücklage .	70882	09	Mieten u. Pachten	885436	13
	2713081	94		2713081	94

Berlin, den 6. Juli 1920. [2157

Die Direktion. Eichmann. Dr. Neumann. Landé.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt" und für den In[illegible]tenteil Röse Louis, Neukölln
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, [illegible]owstrasse 66.